Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 180/181
17. Dezember

3. Jahrgang
1923

Zentralversand:
Wien, VIII., Lange Gasse 26/12

Briefadresse:
Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26/12 für Inprekorr.

INHALT:

Die Lage in Deutschland und die KPD. Von Thalheimer 1523
Deutschland.
Die zweite Welle der internationalen Revolution. Von Sinowjew 1525
Politik.
Italien und die Sowjetrepublik. Von Steklow . . . 1526
Troelstra bei der holländischen Königin. Von Vanter 1527
Aus Sowjetrußland.
Brief aus Sowjetrußland. Von Rubiner 1528
Wirtschaft.
Die wirtschaftlichen Wirkungen des Micum-Vertrages. Von Rolf 1529
Arbeiterbewegung.
Die Lage der deutschen Gewerkschaften. Von Obitz . 1530
Die große Streikbewegung in Österreich. Von Haidt . 1531
Proletarische Frauenbewegung.
Die Propaganda und Agitation der Kommunistischen Partei unter den Frauen Transkaukasiens 1532
Jugendbewegung.
Die KJI. zum Verbot der Kommunistischen Jugend Deutschlands 1533
Deutschlandhilfe.
Die solidarische Hilfe der russischen Arbeiter für ihre deutschen Brüder 1534
Schickt uns deutsche Revolutionswaisen! 1534
Rote Hilfe.
„Rote Hilfe" den verfolgten bulgarischen Revolutionären 1534
„Rote Hilfe" aus aller Welt! 1534
Weißer Schrecken.
Die deutsche Reichswehr in Sachsen 1534
Dokumente.
Die Erklärung der kommunistischen Fraktion im deutschen Reichstag zur Auflösung der KPD. 1537
Buchbesprechung.
Egelhofer: „Glück und Ende des deutschen Nationalsozialismus." Von Thomas 1538

Die Lage in Deutschland und die KPD.

Von August Thalheimer (Berlin).

** Die Diktatur Seeckts erobert mit denselben trockenen Methoden, mit denen sie zur Macht gelangt ist, Schritt um Schritt neue Positonen. Sie legt noch Wert darauf, das Parlament und den übrigen demokratischen Plunder als Kulisse beizubehalten, unter der Bedingung aber, daß sowohl Parlament wie die sogenannten demokratischen Institutionen sich der Militärdiktatur gehorsam unterwerfen. Das Kabinett Marx, das an die Stelle des Kabinetts Stresemann getreten ist, bezeichnet einen weiteren Fortschritt in der Degradierung des Parlaments und der parlamentarischen Kabinette. Es ist nicht nur, daß Marx vor der Kabinettbildung die Erlaubnis des weißen Generals einholte — die Zusammensetzung des Kabinetts selber geschah nach den wohl überlegten Wünschen des Generals. Die Sozialdemokratie wurde ausgeschifft. Jedoch wurde das Drängen der Junker nach Besetzung der preußischen Verwaltung im Gefolge der Auflösung der Großen Koalition in Preußen vom General verhindert. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Die Rücksichten auf das Kabinett Poincaré wie auf das englische Kabinett erlauben noch nicht, die Itzenplitze und Zitzewitze als Aushängeschild am Reichstagsgebäude anzubringen. Für diese Schonung bekam der General den gebührenden Gegenwert: Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, die in Preußen soundsoviel Verwaltungsposten gegen die Junker und die alte wilhelminische Bureaukratie zu verteidigen haben, erweisen sich jetzt als um so gefügigere Lakaien der Militärdiktatur. Severing und Brauns überkugeln sich in Verleumdung und Verfolgung der Kommunistischen Partei. Im Zentrum und bei den Demokraten haben die Rechten (großkapitalistischer und großagrarischer Flügel) die Überhand gewonnen.

Die Auswirkung zeigte sich besonders deutlich im Reiche bei der Beratung des Ermächtigungsgesetzes. Nicht nur die Regierungsparteien, sondern auch die sozialdemokratische sogenannte Opposition beeilte sich, dem Kabinett Marx das Ermächtigungsgesetz zu apportieren. Die bloße Drohung mit der Reichstagsauflösung, die der Soizaldemokratie nach ihrer eigenen Berechnung etwa zwei Drittel ihrer Sitze kosten würde, und die die alten parlamentarischen Führer zugunsten von sogenannten „Linken" wegschwemmen würde — diese Drohung genügte, um die Sozialdemokratie trotz tausend Eidschwüren gegen den Belagerungszustand über den Stock springen und gehorsam das Ermächtigungsgesetz apportieren zu lassen. Das ist die glatte Unterwerfung der Sozialdemokratie unter die Militärdiktatur. Das ist die Unterwerfung unter den siegreichen Faschismus. Das Bezeichnende dabei ist, daß die sogenannte sozialdemokratische Linke sich durch die Drohung des Hinausschmisses aus der Partei hat bewegen lassen, ihrerseits sich der Fraktionsmehrheit der Rechten und damit auch der Militärdiktatur zu unterwerfen.

Auch der kleinbürgerliche Faschismus wird von dem siegreichen großkapitalistischen Faschismus des Generals Seeckt unschädlich gemacht. Ein Teil dieses Flügels hat sich nach der Erledigung des Hitler-Ludendorf-Putsches glatt der Diktatur Seeckts unterworfen. Ein anderer Teil wird durch die Repressalien, die mit dem Verbot der Deutschvölkischen Partei verbunden sind, kirre gemacht. Die Organisationen um den bayrischen Diktator Kahr hat Seeckt an sich gebunden durch die Hereinnahme von Vertretern der partikularistischen bayrischen Reaktion in das Kabinett Marx.

Inzwischen ist General Seeckt eifrig bemüht, sich seinen eigenen politischen Apparat aufzubauen. Er hat die alten Etappenoffiziere von Belgien, Nordfrankreich, Rumänien usw. zusammengeholt und benutzt sie, um die zivile Verwaltung zu kontrollieren und die Elemente einer selbständigen militärischen Verwaltung aufzubauen. Auch das Verbot der Kommunistischen Partei wird von der Militärdiktatur benutzt, um den eigenen politischen Apparat noch weiter zu vervollständigen.

Die Militärdiktatur, die von der Seite der ehemaligen bürgerlichen Demokratie keinerlei Widerstand mehr zu gewärtigen hat, macht sich nun ans Werk, das faschistische Programm des Großkapitals durchzuführen.

Welches ist dieses Programm? Die allgemeinen Grundzüge ergeben sich aus der Lage der deutschen Bourgeoisie. Es gilt, ein wenn auch nur vorübergehend wirtschaftliches Gleichgewicht herzustellen. Um diesen Zweck zu erreichen, müßte von einer großkapitalistischen Diktatur nach zwei Seiten gewirkt werden: Erstens Einschränkung der Ausgaben durch Abbau der kulturellen Leistungen des Staates und der sozialpolitischen Leistungen, zweitens Erhöhung der kapitalistischen Profite und der Einnahmen des Staates unter verschärfter Ausbeutung der Arbeiterschaft und der Mittelschichten, durch Steigerung des Exports — und durch Erhöhung der Steuerleistungen der Besitzenden. Was das erstere anbelangt, so ist der Abbau der Beamten und die Verlängerung ihrer Arbeitszeit im vollen Zuge. Diese Maßregel wird zugleich dazu benutzt, um die demokratisch und sozialistisch gesinnten jüngeren Schichten der Beamtenschaft auszuschalten und für die alte reaktionäre Bureaukratie sowie für die faschistischen Neubekehrten neue Plätze zu schaffen. Was das Zweite anbelangt, so haben die Unternehmer durch rücksichtslose Aussperrung und Betriebsstillegung den Achtstundentag praktisch bereits zerbrochen und den Neun- und Zehnstundentag eingeführt. Die Gewerkschaften haben weder den Willen, noch waren sie in der Lage, ernstlichen Widerstand zu leisten. Die Arbeitslosenunterstützung wird abgebaut; dasselbe geschieht mit den sonstigen sozialpolitischen Leistungen. Aber all diese Maßregeln sind vergebens, wenn es der Bourgeoisie nicht gelingt, das Maß von Steuern aufzubringen, um ein, wenn auch vorübergehendes Gleichgewicht im Staatshaushalt und in der Zahlungsbilanz des Landes herzustellen. Weder aus der Arbeiterschaft noch aus den Mittelschichten lassen sich die dazu erforderlichen Summen herausziehen. Die Staatsausgaben sind immer noch nur zu nicht ganz 1% durch Steuereinnahmen gedeckt. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß die Bourgeoisie sich als faschistische Diktatur konstituiert, um sich selber zum Steuerzahlen zu zwingen. Bleiben noch auswärtige Kredite. Aber woher sollen sie kommen? Die Vereinigten Staaten sind vielleicht geneigt, Kredite für Beschaffung von Getreide zu geben, für die sie sich wohl bestimmte Teile des Staatseigentums (Bergwerke) verpfänden lassen. Aber diese Kredite können keinesfalls in dem Ausmaße gegeben werden, um ein wirtschaftliches Gleichgewicht in Deutschland wieder herzustellen. Auch England, das noch in Betracht käme, scheint keine Neigung zu zeigen, größere Kredite zu geben. In negativer Weise ist das Verhalten der Industriellen des Rhein- und Ruhrgebietes ein Beweis dafür, wie gering hier die Aussichten eingeschätzt werden, die deutsche Wirtschaft und Finanzen zu balancieren. Die Abschlüsse der Schwerindustriellen des Rhein- und Ruhrgebietes mit der Micum (der belgischen und französischen Schwerindustrie) und die verschleierte Konstituierung eines von Frankreich abhängigen Rheinstaates — alles das beweist, daß die Schwerindustrie sich in die Unterwerfung unter den französischen Imperialismus fügt und das übrige Deutschland nur noch als Hinterland betrachtet.

Die Kommunistische Partei ist durch den General Seeckt verboten, ihre Presse unterdrückt, ihre Druckereien sind beschlagnahmt usw. Aber sie lebt weiter. Die Partei des Proletariats erweist sich als die einzige Macht, die fähig und willens ist, der weißen Diktatur Widerstand zu leisten. In Berlin und einer Reihe anderer Städte hat sie sich in mehr oder minder großen Demonstrationen das Recht auf die Straße erobert. Sie beginnt, der bewaffneten Macht der Militärdiktatur in militärischen Teilaktionen Widerstand entgegenzusetzen und so die proletarische Vorhut für den entscheidenden Kampf zu schulen, die geschaffenen militärischen Kaders aus losen Papiereinheiten in wirkliche Kampfeinheiten zu verwandeln.

Die zentrale Aufgabe der Kommunistischen Partei in der gegenwärtigen Lage ergibt sich folgerichtig aus den Lehren der Oktoberniederlage. Die Oktoberniederlage des deutschen Proletariats beruht nicht auf „Fehlern" der Kommunistischen Partei, sie beruht auf den im gegebenen Augenblick vorhandenen Kräfteverhältnissen in der Arbeiterklasse. Sie geht letzten Endes auf die Tatsache zurück, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft unter dem lähmenden Einfluß der rechten und der linken Sozialdemokratie nicht mehr bereit war, die Novemberdemokratie gegen den Faschismus zu verteidigen, daß sie noch nicht bereit ist, für die proletarische Diktatur zu kämpfen. Die Sozialdemokratie, längst tot als aktive Kraft im Sinne der Arbeiterklasse, erwies sich noch als eine enorm hemmende Kraft, oder mit anderen Worten, der Kommunismus hatte noch nicht vermocht, die Mehrheit der Arbeiterklasse dem Einfluß der Sozialdemokratie zu entreißen. Wenn Fehler von der Kommunistischen Partei begangen worden sind, so ist es gerade die Unterschätzung der Sozialdemokratie als eine hemmende Kraft.

Die zentrale Aufgabe der Kommunistischen Partei ist demgemäß die vollständige politische, organisatorische Liquidation der Sozialdemokratie als politische Organisation und die Entreißung der Gewerkschaften aus den Händen der sozialdemokratischen Führer. Auf diese Aufgaben wird die Kommunistische Partei ihre ganze Kraft konzentrieren, und erst, wenn diese Aufgabe gelöst ist, sind die Bedingungen zur Erzwigung der Entscheidung wirklich reif. Dabei ist jetzt schon klar, daß der Hauptangriff gegen die sogenannten linken sozialdemokratischen Führer gerichtet werden muß. Mit ihrer radikalen Phraseologie, mit ihrer Opposition gegen den Faschismus in Worten und ihrer tatsächlichen Unterwerfung unter ihn, mit ihrem Sich-Anklammern an die Illusionen der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus sind sie die Helfer der faschistischen Diktatur.

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie und gegen den Faschismus wird propagandistisch geführt durch die Propaganda der proletarischen Diktatur und des Sozialismus gegenüber der faschistischen Diktatur. Die Partei wird fortfahren, mit der größten Hartnäckigkeit den Gedanken des bewaffneten Aufstandes in den Massen zu propagieren und ihn technisch und organisatorisch vorzubereiten. Die Partei hat jetzt nach dem Sieg des Faschismus über die Novemberrepublik die Propaganda der Forderungen, die, anknüpfend an die demokratischen Institutionen, zur proletarischen Diktatur überleiten sollten, die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung, der Sachwerterfassung und der Produktionskontrolle aus ihrem Tagesprogramm gestrichen. Diese Forderungen sind gegenstandslos geworden, denn die demokratischen Institutionen existieren nicht mehr, es ist da nichts anzuknüpfen.

Die Aktionen der Partei müssen naturgemäß an die Tagesnöte der Arbeiterschaft anknüpfen, um sie mit der Endlösung zu verbinden. Streiks kommen bei der massenhaften Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit gegenwärtig wenig in Betracht, eine um so größere Rolle spielen Massendemonstrationen, teils friedliche, teils bewaffnete. Diese sind neben den betreffenden Teilkämpfern das nächste Kettenglied, an das die Partei anknüpft.

Unter der strengen Illegalität ist die Partei genötigt, das organisatorische Schwergewicht in die Betriebe zu verlegen. Sie muß außerdem die engste Verbindung herstellen zwischen den noch in den Betrieben Befindlichen und den Arbeitslosen. Unter den Schlägen der weißen Konterrevolution wird die Partei die eiserne Kohorte der Revolution, die sie in den Zeiten der Legalität nicht werden konnte.

Die proletarische Revolution in Deutschland ist nicht den raschen Siegeszug gegangen, den manche erwartet haben. Statt aus den Trümmern dieser bürgerlichen Demokratie sich zu erheben, wie die russische Oktoberrevolution, ist sie in die Lage versetzt, ihren Sieg unter den Fesseln der faschistischen Diktatur zu organisieren. Ihr Sieg, wenn er langsamer kommt, wird darum um so gründlicher sein. Die großkapitalistische Diktatur ist sozusagen das letzte Aufgebot der kapitalistischen Macht, die bürgerliche Gesellschaft im verschanzten Lager. In Rußland war der Oktobersieg sozusagen eine Überrumpelung. Die russische Bourgeoisie mobilisierte ihre Reserven erst nach ihrer Oktoberniederlage. Die deutsche Bourgeoisie, die weit besser organisiert ist, mobilisiert ihre Reserven vor der Niederlage. Was jetzt vor sich geht in Deutschland, ist letzten Endes das Ringen der Bourgeoisie und der Kommunistischen Partei um die Reserve, um die indifferente und sozialdemokratische Arbeiterschaft, um die Mittelschichten. Dieses Ringen um die Reserven ist der eigentliche Inhalt der politischen Vorbereitung der proletarischen Revolution.

Die auswärtigen kommunistischen Parteien dürfen sich durch den Oktoberrückzug, der unvermeidlich und in der Gesamtsituation begründet war, nicht entmutigen lassen. Die Kommunistische Partei Deutschlands hat nach kurzer Pause die Neuordnung ihrer Reihen vorgenommen und neuen Kampf vorbereitet. Die proletarische Revolution in Deutschland ist auf dem Marsche. Keine der grundlegenden Aufgaben des Landes kann von der Militärdiktatur gelöst werden. Unsere auswärtigen Bruderparteien müssen sich gründlich klarmachen, daß, wenn die russische Revolution im Jahre 1917 ganz unerwartete Züge hatte, die sich von allen vorhergegangenen bürgerlichen Revolutionen unterschieden, auch die proletarische Revolution in Deutschland ihre eigenen Züge, ihr eigenes Tempo und ihre eigenen Methoden hat.

Deutschland

Die zweite Welle der internationalen Revolution.

Von G. Sinowjew.

** Als im Oktober d. J. die packenden revolutionären Perspektiven in Deutschland in ihrer ganzen Großartigkeit deutlich zu werden begannen, hat unsere Partei, Mann für Mann, darauf reagiert. Die Art, wie die RKP. auf diese sich abzeichnenden Perspektiven reagiert hat, hat auf jeden Fall gewaltige Bedeutung. Nach zwei Jahren der „Nep" mußte die Partei die Antwort darauf geben, wie sie sich zu den nahenden großen revolutionären Kämpfen in Europa verhält. Das war ein ganz ernstes politisches Examen. Geht tatsächlich eine Umwandlung des Gewebes des Parteiorganismus vor sich, wächst tatsächlich hier und da Fett infolge der „Nep" an?

Die RKP. hat dieses Examen bestanden. Ihre Antwort war einstimmig*). Sie hat auf die nahenden revolutionären Stürme so reagiert, wie die Partei der proletarischen Revolution, die Haupttruppe der Komintern, zu reagieren hat.

Das Tempo der Ereignisse ist jetzt, im November 1923, langsamer geworden. Die proletarische Revolution in Deutschland durchlebt wiederum nie dagewesene Schwierigkeiten. Im Zusammenhang damit kann man in einigen Schichten unserer Partei Depressionen beobachten (besonders bei der Jugend). Aus dem allerrosigsten Optimismus fallen sie ins andere Extrem, in schwarzen Pessimismus.

Ja, im Oktober d. J. haben wir offenbar alle das Tempo der Ereignisse überschätzt und die Schwierigkeiten, die auf dem Wege zum Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland liegen, unterschätzt. Die Fristen werden länger sein, wie man das erwarten konnte, obwohl sie auch jetzt noch nicht nach Jahren, sondern nur nach Monaten zählen. Fehler bei der Terminsetzung haben selbst die bedeutendsten Vertreter des revolutionären Marxismus gemacht, angefangen mit Marx selbst. Erinnern wir uns, wie die beginnenden revolutionären Ereignisse in Deutschland vom größten aller revolutionären Realisten, W. I. Lenin, 1918/19 beurteilt wurden. In dem Briefe, den er an das Allrussische Zentralexekutivkomitee der Sowjets im Oktober 1918 gerichtet hat, schrieb Genosse Lenin:

„Die Krise in Deutschland hat erst begonnen. Sie wird unbedingt mit dem Übergang der politischen Macht an das deutsche Proletariat enden. Das russische Proletariat folgt den Ereignissen mit größter Aufmerksamkeit und größter Begeisterung. Jetzt werden selbst die verblendetsten Arbeiter der verschiedenen Länder begreifen, wie recht die Bolschewiki hatten, die ihre ganze Taktik auf die Unterstützung der Arbeiterweltrevolution aufbauten und sich nicht fürchteten, die verschiedensten schwierigsten Opfer auf sich zu nehmen... Aber das Proletariat Rußlands folgt nicht nur mit Aufmerksamkeit und Jubel den Ereignissen. Es stellt die Frage, um alle Kräfte zur Hilfe für die deutschen Arbeiter anzuspannen... Die Weltgeschichte hat während der letzten Tage ihren Lauf außerordentlich beschleunigt, auf die Arbeiterweltrevolution zu."

Im Oktober 1923 hat unsere Partei, haben wir alle die Lage in Deutschland ungefähr ebenso beurteilt. Wir haben ebenfalls damit gerechnet, daß die Weltgeschichte „ihren Lauf" auf die Arbeiterweltrevolution hin in außerordentlichem Maße „beschleunigt".

Etwas später, Ende 1918, schrieb Genosse Lenin folgendes:

„Deshalb sagen wir eben, daß wir nie so nahe an der Weltrevolution waren, niemals war es so klar, daß das russische Proletariat seine Macht stabilisiert hat, und es ist klar, daß Millionen und Dutzende von Millionen des Weltproletariats mit uns gehen werden... Vor drei Monaten lachte man, wenn man sagte, daß in Deutschland eine Revolution sein könne, man sagte, daß nur halbverrückte Bolschewiki an die deutsche Revolution glauben können. Die Bolschewiki wurden nicht nur von der ganzen Bourgeoisie, sondern auch von den Menschewiki und linken SR.'s Verräter am Patriotismus genannt, und man sagte, daß in Deutschland keine Revolution sein könne."

Am Schluß seiner berühmten Broschüre: „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky" schreibt Genosse Lenin am 10. November 1918:

„Die vorangehenden Zeilen waren am 9. November 1918 geschrieben. In der Nacht vom 9. zum 10. sind Nachrichten aus Deutschland gekommen über die begonnene siegreiche Revolution, zunächst in Kiel und anderen nördlichen Küstenstädten, wo die Macht an Arbeiter- und Soldatenräte übergegangen ist, dann in Berlin, wo die Macht ebenfalls an einen Sowjet übergegangen ist. Die Schlußfolgerungen, die ich in der Broschüre über Kautsky und die proletarische Revolution noch zu schreiben hatte, sind überflüssig geworden."

So sehr war damals Genosse Lenin und waren wir alle überzeugt, daß das der entscheidende Sieg ist, daß die proletarische Revolution in Deutschland gesiegt hat.

Am 6. November 1918, am ersten Jahrestag der Oktoberrevolution, sagte Genosse Lenin in seiner Rede:

„Den Jahrestag unserer Revolution feiern wir in einem Moment, wo die größten Ereignisse der internationalen Arbeiterbewegung sich entwickeln, und wo die skeptischesten, am meisten zweifelnden Elemente der Arbeiterklasse und der Werktätigen klar sehen, daß der Weltkrieg nicht aufhören wird durch Vereinbarungen oder Gewalttaten der alten Regierung und der alten herrschenden Klasse, der Bourgeoisie, daß er nicht nur Rußland, sondern die ganze Welt zur proletarischen Weltrevolution führt, zum Siege der Arbeiter für das Kapital.

Als wir im Oktober die Macht übernommen hatten, waren wir in Europa nicht mehr als ein einzelner Funke. Freilich mehrten sich diese Funken und diese Funken gingen von uns aus. Das ist die größte Leistung, die wir vollbracht haben, immerhin waren das nur einzelne Funken, aber jetzt sehen wir, daß dort ein Feuer brennt und daß die Mehrzahl der Länder ergriffen ist: Amerika, Deutschland, England. Wir wissen, daß nach Bulgarien die Revolution auf Serbien übergegangen ist. Wir wissen, wie diese Arbeiter- und Bauernrevolutionen über Österreich hinweggegangen und bis Deutschland herangekommen sind. Eine ganze Reihe von Ländern ist vom Feuer der Arbeiterrevolution ergriffen."

Im Zusammenhang mit der ungarischen Revolution sagte Genosse Lenin am 9. November 1919:

„Alte Leute sagen: ‚Die Kinder sind groß geworden, die Kinder sind was geworden, jetzt können wir sterben'. Wir wollen nicht sterben, wir schreiten zum Siege, aber wenn wir solche Kinder sehen, wie Sowjetungarn, dann sagen wir, daß wir unser Werk nicht nur in russischem, sondern auch in internationalem Maßstabe vollbracht haben (gesperrt von G. S.), und daß wir alle verzweifelten Schwierigkeiten aushalten werden, um den vollen Sieg herbeizuführen."

Wir alle haben, wenn wir Marx und Engels studierten, begreifen und erklären können, warum Fehler gerade dieses Typs (Überschätzung des Tempos und der Termine) bei ihnen unvermeidlich waren. Diese Fehler hingen mit jener starken Seite von Marx und Engels zusammen, die sie nicht nur zu großen Gelehrten und Theoretikern des Sozialismus, sondern auch zu großen Revolutionären machten.

Für uns alle, die wir gerade jetzt, Ende 1923, wirken, ist selbstverständlich die Frage der Termine nicht gleichgültig: ob die entscheidenden Ereignisse ein Jahr oder zwei Jahre später oder früher eintreffen werden. Aber im historischen Sinne ist das immerhin eine Frage zweiten Ranges. Die Hauptbeurteilungen, die unsere Partei und die ganze Komintern im Oktober 1923 gehabt hat, waren richtig und bleiben richtig. Große und schließlich entscheidende Faktoren wirken in Deutschland auch fernerhin auf die Revolution hin. Schwer und dornig ist der Pfad, auf dem das deutsche Proletariat und seine Kommunistische Partei gegenwärtig schreiten. Aber der Endsieg ist zweifellos garantiert.

---

*) „Informierte" Tanten verbreiten Legenden über angebliche Differenzen über die Fragen der deutschen Revolution in den leitenden Kreisen der RKP. „Scharfsinnige" Leser aus dem Lager der SR's und Menschewiki kommen nach der Analyse einzelner Artikel in unserer Presse zu denselben „Schlüssen". In Wirklichkeit wurden alle Beschlüsse, die mit den deutschen Ereignissen zusammenhängen, ohne Ausnahme nach reiflicher Überlegung vollkommen einstimmig angenommen. Ebenso herrschte völlige Einstimmigkeit im Exekutivkomitee der Komintern, das alle seine Beschlüsse, die mit den deutschen Ereignissen zusammenhängen, nicht nur nach reiflicher Überlegung mit der deutschen Partei, sondern auch mit Vertretern einer ganzen Reihe anderer entscheidender Sektionen der Komintern gefaßt hat.

Beim Rückblick auf die Ereignisse des September—Oktober—November 1923 in Bulgarien, Polen und Deutschland kommen wir zu dem Schluß, daß diese Ereignisse im ganzen den Beginn der zweiten Welle der internationalen proletarischen Revolution bedeuten. Die erste Welle begann 1917 (große russische Revolution) und hörte ungefähr 1920 auf, nachdem sie über eine ganze Reihe von Ländern Europas hinweggegangen war. Die erste Welle begann in unmittelbarem Zusammenhang mit dem imperialistischen Weltschlachten. Ihrem elementaren Schwunge nach war diese Welle mächtig. Eine zeitlang konnten wir mit vollem Rechte darauf rechnen, daß diese Welle so stark sein würde, daß sie auf einmal die bürgerliche Macht in Europa hinwegschwemmen würde. Aber die Kommunisten hatten damals, während dieser ersten Welle, nur unbedeutenden Einfluß auf die Führung der Massen. Das Wort „Kommunismus" selbst erklang eigentlich erst 1919 zum ersten Mal laut in Europa. In der Periode von 1917 bis 1920 gewann die Komintern erst Gewalt, und der heldenhaften Spartakusaufstand im Januar 1919 war der Aufstand der kleinen Minderheit. Die Welle 1917 bis 1920 konnte den Kapitalismus nicht bis in die Grundfesten erschüttern. Sie war für ihn nur die erste Todesmahnung.

Dann beginnen die Jahre des Zurückgehens der revolutionären Welle. In den Jahren 1921, 1922 und die erste Hälfte 1923 ist die Welle des größten Tobens der internationalen Reaktion, der Offensive des Kapitals, der Zersetzung der Sozialdemokratie, des Verfallens der alten Gewerkschaften, der Schwächung der Arbeiterklasse. Die letzte Sitzung der Erweiterten Exekutive der Komintern hat zwar das Herannahen einer neuen revolutionären Welle nicht vorausgesehen, wohl aber vorausgefühlt. Die Losung der „Arbeiter- und Bauernregierung", die Beschlüsse in der Agrar- und Nationalfrage, alles das ergab sich gerade aus diesem Vorgefühl der herannahenden neuen revolutionären Kämpfe, das im Stabe der Komintern heranreifte. Jetzt stehen wir bestimmt vor dem Anfang dieser zweiten Welle der internationalen proletarischen Revolution. Die Ereignisse in Bulgarien, Polen, Deutschland haben — mögen sie unmittelbar geendet haben, womit sie wollen — auf jeden Fall schon bewiesen, daß die Bourgeoisie Europa nicht friedlich gemacht hat, daß das gegenwärtige Gleichgewicht nicht stabil ist, daß neue revolutionäre Kämpfe nicht fern sind. Die zweite revolutionäre Welle (Ende 1923 bis ?) unterscheidet sich von der ersten revolutionären Welle (1918 bis 1920) dadurch, daß der internationale Kommunismus jetzt auf den Gang der Ereignisse einen viel stärkeren organisierten Einfluß ausübt. Der elementare Schwung der Bewegung, der in der zweiten Hälfte von 1923 beginnt, ist vorläufig unvergleichlich viel schwächer als 1917 bis 1920, wo die erste Welle unmittelbar mit dem imperialistischen Schlachten zusammenhing. Aber das Element der Organisiertheit und des kommunistischen Bewußtseins ist jetzt bei der proletarischen Avantgarde zweifellos stärker. Die Erfahrung, die die fortgeschrittensten Schichten des Proletariats in der ganzen Welt während dieser Jahre angesammelt haben, wird sich in nächster Zukunft noch auswirken. Wir werden noch Ereignisse erleben, die manchem Weisen vollkommen unmöglich erscheinen. Wir werden ohne Zweifel noch erleben, wie ganze große sozialdemokratische Parteien, die jetzt eine konterrevolutionäre Rolle spielen, wie Kartenhäuser zerfallen und die Arbeiter, die jetzt noch den Sozialdemokraten trauen, in dichten Scharen in unser Lager übergehen werden.

Ja, die Bewegung in Bulgarien und Polen ist vorläufig unterdrückt. Ja, in Deutschland triumphiert der General Seeckt — und trotzdem sind die Ereignisse des September und Oktober 1923 in Bulgarien Polen und Deutschland der Anfang einer zweiten Welle der internationalen proletarischen Revolution. Das Tempo der Ereignisse ist nicht genügend schnell. Unsere revolutionäre Ungeduld ist vollkommen natürlich. Aber objektiv gesprochen, entwickeln sich die Ereignisse trotzdem mit anständiger Geschwindigkeit. Keine zwei Monate sind seit der blutigen, brutalen Unterdrückung des bulgarischen Aufstandes vergangen, und die bulgarischen Kommunisten stehen schon wieder auf ihren Füßen, und der Block der Kommunisten und Bauern hat sogar bei den „Prügel"-Wahlen, die von der Regierung Zankow organisiert wurden, einen sehr großen Sieg errungen. Wozu die russischen Arbeiter und Bauern nach der Niederlage 1905 einige Jahre brauchten, dazu hat man in Bulgarien jetzt nur einige Wochen gebraucht. So wird es sicher auch in Deutschland sein. Die Arbeiter werden sich von den Schlägen der Reaktion viel schneller erholen, als das manche glauben. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusehen, daß schon im Winter und Frühjahr in Deutschland eine neue Explosion der revolutionären Massenbewegung unausbleiblich ist.

Die zweite Welle der internationalen proletarischen Revolution schreitet voran. Wir stehen erst an ihrem Anfang. Am höchsten war sie in Deutschland gestiegen. Ohne die Höhe zu erreichen, die für den Sieg des Proletariats notwendig ist, ist sie etwas gefallen. Ihr neues Steigen ist aber unausbleiblich.

Die zweite Welle schreitet voran. Das ist noch nicht die neueste Welle, das ist noch nicht der „Weltoktober", aber das ist eine gigantische Annäherung an den Weltoktober. Schon die zweite Welle der internationalen proletarischen Revolution wird in bedeutendstem Grade das Gebäude des europäischen Kapitalismus unterhöhlen. Dieses Gebäude wird unausbleiblich zusammenstürzen.

Wir werden uns noch oft bei den Fragen der Termine täuschen, denn wir haben keinen wissenschaftlichen Apparat, der uns die Möglichkeit gibt, solche Fragen ohne Fehler zu lösen. Die marxistische Methode ist ein mächtiges Werkzeug in unserer Hand, aber auch sie bewahrt uns nicht vor der Überschätzung des Tempos der Ereignisse, vor der Ungenauigkeit bei solchen Fragen, wie denen der Termine. Aber in der Hauptsache, im wesentlichen haben wir uns nicht getäuscht, täuschen wir uns nicht und werden wir uns nicht täuschen.

Was auch sein mag, die Ereignisse des September und Oktober 1923 sind große Episoden des sich vorbereitenden Sieges der internationalen proletarischen Revolution.

Politik

Italien und die Sowjetrepublik.

Von J. Steklow (Moskau).

** Vor einem Jahr, als Mussolini nach dem faschistischen Umsturz die Macht ergriffen hatte, kam die Meinung auf, daß die Verhältnisse zwischen Italien und Sowjetrußland sich dadurch verschlimmern würden. Wir wandten uns schon damals gegen eine solche Annahme. Etwa vor einem Jahr, am 26. November 1922, schrieb der Verfasser dieser Zeilen in der Moskauer „Iswestija" folgendes:

„Als Vertreter der äußersten bürgerlichen Reaktion kann Mussolini natürlich keine besonderen Sympathien zur Arbeiter- und Bauernregierung Rußlands hegen. Aber im gegebenen Falle wird er durch nationale, um nicht zu sagen nationalistische Erwägungen, geleitet. Die in den Vordergrund gerückte italienische Bourgeoisie — bedroht von inneren und äußeren Gefahren — ist natürlich bestrebt, sowohl ihre Lage innerhalb des Landes zu befestigen wie auch die Einflußsphäre des italienischen Kapitals außerhalb des Landes zu erweitern. Und wenn sich Mussolini in der inneren Politik noch dem Einfluß des politischen Romantizismus hingeben kann, so muß er in den Fragen der Außenpolitik ein viel größerer Realist sein als das Haupt jeder bisherigen bürgerlichen Regierung Italiens, das sich auf staatliche „Traditionen" stützen konnte, während Mussolini keine solchen Traditionen zur Seite stehen. Und dieser Realismus zwingt ihn, bei aller scheinbaren Aggressivität, in internationalen Fragen verhältnismäßig vorsichtig zu verfahren. Das italienische Kapital hofft, besonders in Sowjetrußland, eine nicht unvorteilhafte Absatzsphäre zu finden. Und Mussolini, der gierig nach allerlei Quellen sucht, um seinen politischen Einfluß zu befestigen, wendet natürlich seine Blicke nach der Sowjetföderation."

Der weitere Verlauf der Ereignisse hat die Richtigkeit unserer Prognose vollauf bestätigt. Es handelt sich darum, daß unter den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Staaten fast nie auf politischen Sympathien oder Antipathien beruhen. Es sind hier mächtige soziale Kräfte am Werk, hier spricht die Stimme der Interessen der herrschenden Klasse. Und die Interessen der italienischen Bourgeoisie treiben sie der Verständigung mit der Sowjetföderation entgegen. Und Mussolini, der für die Verständigung mit der Sowjetrepublik eintritt, spricht gerade im Namen jener Kreise der italienischen Bourgeoisie, die nach politischer und wirtschaftlicher Expansion streben, vor allem östlich des mittelländischen Meeres.

Während vieler Jahrzehnte nach der Begründung des italienischen Staates befand sich die Bourgeoisie dieses Landes in wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit von den westlichen Großmächten, vor allem von England und Frankreich. Diese Lage hat sich auch nach dem letzten Weltkriege nicht geändert. Auch jetzt betrachten beide erwähnten Großmächte, die beide nach einer Hegemonie über das mittelländische Meer trachten, Italien als ein Objekt ihrer Bestrebungen. Aber die italienische Bourgeoisie, deren Appetit im Weltkriege gewachsen ist, will sich nicht mit der ihr zugedachten zweitklassigen Rolle begnügen. Italien will selbst eine große imperialistische Macht werden, die sich nötigenfalls mit England und Frankreich messen könnte. Besonders scharf richtet sich die Stimmung der italienischen Bourgeoisie gegen Frankreich, das seine Hegemonie auf dem mittelländischen Meer und auch in der Levante, in diesem Objekt italienischer Bestrebungen, aufzurichten trachtet. Wenn wir noch hinzufügen, daß Frankreich in der energischsten Weise Jugoslawien, den Hauptkonkurrenten Italiens auf dem Balkan, unterstützt, so ist es nicht verwunderlich, daß Mussolini, der die aggressivsten Schichten der italienischen Bourgeoisie vertritt, von der französischen Gewalt freikommen will und versucht, die Aera der „selbständigen italienischen Politik" zu eröffnen.

Charakteristisch ist in dieser Beziehung das unlängst zustandegekommene „lateinische Bündnis" zwischen Italien und Spanien. Dieses Bündnis richtet sich in der offensichtlichsten Weise gegen die imperialistischen Gelüste Frankreichs, die nicht nur die Interessen Italiens, sondern auch Spaniens gefährden (besonders an der nordafrikanischen Küste in Marokko). Das verhältnismäßig schwache Italien muß, um sich von dem Drucke der Großmächte, und besonders Frankreichs, zu befreien, Verbündete suchen. Darum fielen die Blicke der italienischen Regierung naturgemäß auf die Sowjetföderation. Anderseits ist es ganz klar, daß die italienische Industrie, die zur Zeit des imperialistischen Krieges groß geworden ist, Absatzmärkte, das italienische Kapital ein breites, vorteilhaftes Anlagefeld sucht. All dies hofft es, in der Union der Sowjetrepubliken zu finden. Italien, das keine Konfliktpunkte mit der Sowjetföderation hat, kann leichter als alle andern Länder mit der Sowjetrepublik eine allgemeine Verständigung erreichen, die für beide Parteien vorteilhaft wäre.

Das erklärt die letzte Rede Mussolinis in der italienischen Kammer zum Projekt des italienisch-russischen Handelsvertrages. Mussolini wies auf die Vorteile hin, die für Italien aus der Erneuerung der Beziehungen zu Rußland entstehen würden, und bemerkte, daß diese Verständigung für Italien einen „breiten Weg nach der slawischen Welt" eröffnet. Mussolini erklärte, die italienische Regierung sähe keine Hindernisse der Anerkennung der Sowjetregierung und diese juridische Anerkennung der Sowjetmacht sei für ihn eine bloße Formalität. Diese Erklärung Mussolinis fand in der italienischen bürgerlichen Presse eine allgemeine Zustimmung. Die bürgerliche Presse sieht darin die Anfänge einer „unabhängigen Außenpolitik". Und es ist höchst bezeichnend, daß die Presse die Verständigung Italiens mit Sowjetrußland als Ergänzung des italienisch-spanischen Vertrages betrachtet.

Wir wollen den Ereignissen nicht vorgreifen. Wir wissen, daß auf dem Wege des Abschlusses des Vertrages zwischen Italien und Sowjetrußland noch einige Komplikationen und Hindernisse entstehen können. Diese Hindernisse sind aber keine wesentlichen und beziehen sich hauptsächlich auf zweitklassige praktische Fragen. Allenfalls ist es klar, daß die Aktion Mussolinis und der Widerhall der italienischen Presse den Durchbruch der alten Einheitsfront der Entente gegen die Sowjetrepublik bedeutet. In der letzten Zeit haben sich in einer ganzen Reihe von Ländern, wie in England, Frankreich, Jugoslawien, den skandinavischen Staaten, sogar in den Vereinigten Staaten von Amerika, immer lautere Stimmen für den Verzicht auf die alte Politik der Blockade und der Nichtanerkennung der Sowjet-Union und für die Herstellung normaler diplomatischer und Handelsbeziehungen mit der Sowjetrepublik erhoben. Aber Mussolini ist der erste Regierungschef, der offen erklärt, daß eine solche Änderung der Politik gegenüber der Sowjetregierung aktuell und angebracht sei.

Wir unsererseits, die wir uns über die Gründe dieses Umschwunges vollkommen klar sind, sind bereit, auf jede vernünftige Verständigung mit anderen Staaten einzugehen, sofern diese Verständigung für die werktätigen Massen unserer Republik vorteilhaft sein wird, sofern sie zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft und zur Befestigung des Friedens beitragen wird. Es ist selbstverständlich, daß jene bürgerlichen Staaten, die als erste den Weg normaler Beziehungen mit unserm Lande betreten, auf die verhältnismäßig günstigsten Bedingungen rechnen können. Jene bürgerlichen Staaten, die sich in ihre alten Irrtümer versteifen und gegen die Sowjetrepublik hartnäckig eine feindliche Politik treiben, in der Hoffnung, daß sie, je länger sie die Verständigung aufschieben, um so vorteilhaftere Bedingungen für sich erzielen würden, werden sich im Laufe der Zeit davon überzeugen müssen, daß sie sich bei ihren Berechnungen stark geirrt haben.

Troelstra bei der holländischen Königin.

Von Gérard Vanter (Amsterdam).

** Es ist in mancher Hinsicht bezeichnend, daß der erste größere Konflikt, der sich innerhalb der regierenden Parteien Hollands seit Jahren entsponnen hat, nicht seinen Ursprung findet in Fragen der inneren Politik, sondern in direktem Zusammenhang steht mit den großen weltpolitischen Problemen im fernen Osten. Erstaunlich ist dabei die Tatsache, daß die holländische Arbeiterschaft sich gegen die imperialistischen Pläne der Regierung des großen Petroleummagnaten Colijn zwar in Geltung brachte, aber nicht in genügendem Maße dazu beigetragen hat, die Regierung Colijn-Ruysch de Beerenbroek zu Fall zu bringen.

Die Pläne der holländischen Imperialisten zielten darauf hin, eine mächtige Flotte zu bauen und maritime Stützpunkte zum Zwecke der „Verteidigung" der holländischen Kolonien in Indonesien zu errichten. 300 Millionen holländische Gulden wollte man — vorläufig — für diesen Zweck verwenden, damit man (natürlich unter Protektorat der englischen Dreadnaughts) im kommenden Kriege die „Neutralität" verteidigen könne. Diese „Selbständigkeitspolitik", wie sie der illustre Außenminster van Karnebeek nannte, machte aber gleichzeitig eine ungeheure Herabsetzung der Löhne der Angestellten im Staatsdienst und „Ersparnisse" auf dem Gebiete des Unterrichts und sämtlicher anderen kulturellen Ausgaben „notwendig". Hierdurch gelang es, durch eine lebhafte Agitation einen ungeheuren Widerhall in den breiten Arbeitermassen gegen die Flottenpläne der holländischen Imperialisten hervorzurufen.

Am 23. September gab es in Amsterdam große Protestdemonstrationen — die größten Arbeiterkundgebungen, die jemals in Holland gesehen wurden. Leider gelang es nicht, die Arbeiter zu einer Demonstration zu vereinigen, wie dies die Kommunisten in die Wege zu leiten versuchten. Es gab daher am selben Tage zwei Demonstrationen mit etwa insgesamt 85.000 Teilnehmern. Die seitdem eingesetzte Agitation, woran die Kommunistische Partei Hollands natürlich regen Anteil nahm, hat die Phalanx der Regierungsmehrheit gebrochen: als über die Flottenvorlage im Parlament abgestimmt wurde, stimmten zehn katholische Abgeordnete dagegen, weil sie — nicht ohne Ursache — die Entrüstung der katholischen Arbeiter fürchteten. Weil die Minister persönlich und kollektiv mit der Flottenvorlage verbunden waren, wurde das Ministerium Colijn-Ruysch de Beerenbroek durch die Ablehnung der Vorlage mit 50 gegen 49 Stimmen gestürzt.

Die Sozialdemokratische Partei, und in erster Reihe ihr Führer Troelstra, versäumten nicht, ein großes Siegesgeschrei ertönen zu lassen. Herr Troelstra, obwohl er während der Debatten im Parlament noch verkündigte, für militärische Zwecke keinen Pfennig bewilligen zu wollen, erklärte sich bereit, Regierungsverantwortlichkeit zu übernehmen. Er wurde dann auch zwecks Beratungen zur Königin gerufen; sie hat aber schließlich nicht Troelstra, sondern den katholischen Abgeordneten, den Präsidenten der Zweiten Kammer, Mr. Koolen, mit der Regierungsbildung beauftragt. Man erwartet, daß es diesem Mr. Koolen gelingen wird, wieder ein „rechtes" Kabinett zu bilden. Die Arbeiter haben sich von den Siegesschalmeien Troelstras einlullen lassen und alles versäumt, die Agitation bis zur direkten Auflösung des Parlaments und zu neuen Wahlen weiterzutreiben.

Die Kommunistische Partei und die mit ihr sympathisierenden Arbeiter in den Gewerkschaften weisen in ihrer Agitation und Propaganda überall auf diese Tatsache hin und finden dabei glücklicherweise zunehmendes Verständnis bei den Massen. Wichtig ist in dieser Beziehung das Auftreten Edo Fimmens, wodurch ein linker Flügel in der holländischen Sozialdemokratie sich zu bilden beginnt, was besonders auf gewerkschaftlichem Gebiete sich bemerkbar macht: In den freien Gewerkschaften ist nämlich endlich eine Opposition entstanden, die sich bereit erklärt, in einer Einheitsfront mit den Kommunisten und revolutionären Arbeitern zusammenzumarschieren.

Aus Sowjetrußland

Brief aus Sowjetrußland.

Rußlands Weltstellung und Getreideexport.

Von Frida Rubiner (Amsterdam).

** Als wir in einem unserer letzten „Briefe aus Sowjetrußland" die Tatsache konstatierten, daß Sowjetrußland laut genauen statistischen Erhebungen von der diesjährigen Ernte allein 222 Millionen Pud Getreide überschüssig hat, oder — wenn man die noch vorhandenen Getreidemengen der Vorjahre hinzuzählt — einen Getreideüberschuß von insgesamt etwa 400 Millionen Pud oder fast 6½ Millionen Tonnen hat, so hielt es der bekannte Sozialrevolutionär Herr Sensinow für notwendig, in seinem (in Berlin erscheinenden Weißgardisten-Blatte „Dni"") („Die Tage") uns einen ganzen Artikel zu widmen, in dem er bewies, daß diese ganze „agitatorische Statistik" überhaupt nur, wie vieles andere, eine Moskauer Mache sei; Rußland hätte überhaupt nichts zu exportieren, und das Sechspfund-Brot, das in jenen Tagen von der sächsischen Regierung den hungernden Arbeitern angekündigt ward, wäre nur ein Bluff der Komintern, wie alles andere auch. Allerdings war in jenen Oktobertagen die sächsische sozialistisch-kommunistische Regierung ein recht unbequemes Ding, und so mußte Herr Sensinow energisch in die Leier der Lüge und Verleumdung schlagen. Seit jenen Tagen hat sich dank der freundlichen Beihilfe der Reichswehr die Position des Herrn Sensinow etwas gestärkt, und jetzt lesen wir plötzlich im Berliner „Vorwärts" (Nr. 567), der in der Getreideexporthetze hinter den russischen Konterrevolutionären nicht zurückblieb, folgendes Geständnis:

„Während sonst als (Getreide-) Lieferant hauptsächlich Amerika in Betracht kam, tritt neuerdings der Getreideexport Rußlands in erhöhtem Maße in Erscheinung. Diese Feststellung ist wichtig, nachdem man die russischen Ankündigungen eines größeren Getreideexports anfänglich mit großer Skepsis aufgenommen hatte (!). Nach dem letzten Wochenbericht des deutschen Landwirtschaftsrats scheinen die russischen Exportleistungen doch immer mehr die Behauptung zu bestätigen, daß Rußland der Tat für das Ausland ansehnliche Exportmengen übrig hat. (Gesperrt vom „Vorwärts" F. B.) Aus den südrussischen Häfen wurden in voriger Woche an Weizen 2.000 Quarters à 217·7 kg exportiert, an Roggen 169.000, an Gerste 101.000, an Mais 12.000 Quarters..."

Daß Sowjetrußland also imstande ist, ansehnliche Mengen Getreide nach dem Auslande zu exportieren, ist eine Tatsache, die selbst von dem sowjetfeindlichen „Vorwärts" zugegeben werden muß. Selbstverständlich kann es sich bei der realen Verwirklichung dieses Exports nicht um die ganze Überschußmenge handeln, die im Lande vorhanden ist. Um Getreide exportieren zu können, braucht die Sowjetregierung, in deren Händen der Außenhandel ausschließlich liegt, Geld für die aufzukaufenden Getreidemengen außer denjenigen, die als Naturalsteuer einlaufen. Ferner befindet sich das russische Transportwesen noch nicht in dem Zustand, daß es größere Getreidemengen rasch transportieren könnte. Diese beiden Tatsachen sind von den sowjetrussischen Ämtern wohl berücksichtigt worden. In Anbetracht der Wichtigkeit des Getreidexports für die wirtschaftliche Hebung des Landes sind für den Getreideaufkauf Institutionen gewonnen worden, die über beträchtliche Geldmittel verfügen. Außerdem hat das Finanzkommissariat schon Ende des Sommers einen Vorschuß von 10% des Getreidebeschaffungsplans bewilligt, der von den verschiedenen staatlichen Organisationen zur Getreidebeschaffung aufgestellt und von einer Spezialkommission des sogenannten „Sowjets für Arbeit und Verteidigung" geprüft worden war. Die Staatsbank verpflichtete sich, den Börsenpreis des Getreides mit 85% zu beleihen. Beim Eintreffen des zu exportierenden Getreides in den Häfen zahlt die Bank den Restbetrag aus, so daß volle 100% des Wertes des in den Häfen eingetroffenen Getreides nebst Ausgaben gedeckt werden. Die finanzielle Seite des Getreideexports kann also mehr oder weniger als befriedigend betrachtet werden.

Man hat in der russischen Presse den Befürchtungen Ausdruck verliehen, daß der mangelhaft organisierte Handelsapparat der Sowjetregierung den Anforderungen des Getreideexports nicht gewachsen sein würde. Wie war es zur Zeit des Zaren? Damals herrschten völlig anarchische Zustände; an einer Ecke wurde Getreide ins Ausland verschoben, während an der andern den Bauern die Leiber vor Hunger anschwollen. Jetzt ist der gesamte Getreideverkehr vom Staate zentralisiert. Aber der technische Apparat läßt noch viel zu wünschen übrig. Man hat auch wiederholt darauf hingewiesen, daß der Getreidexport an den zu hohen Spesen Schaden tragen müsse; es wurden märchenhafte Ziffern von 200% und mehr genannt, von denen jedes Pud Getreide belastet sei. Wie verhält es sich mit diesen Spesen? A. Prigarin, ein Fachmann in Fragen des Getreideexports (dem wir auch unsere folgenden Zahlen entleihen), befaßt sich in der Wirtschaftszeitung „Ekonomitscheskaja Schisn" mit dieser Frage. Er verfolgt den Weg des Getreides vom Aufkaufe bis zur Ablieferung an den Käufer und findet, daß der Handelsapparat jedes Pud Getreide mit etwa 7 bis 8¼ Kopeken (in Gold) belastet — eine an sich zulässige Summe. Dazu kommen aber die Transportspesen von der Beschaffungsstelle des Getreides bis zum Dampfer, die Frachten, Aufbewahrung, Verfrachtung usw. Die Spesen sind jetzt zwei- bis dreimal so hoch, wie in der Vorkriegszeit; auch die Eisenbahntarife sind bedeutend höher geworden. Auf die Herabsetzung dieser Spesen ist eben die Aufmerksamkeit der Sowjetämter gerichtet, von ihnen hängt schließlich die Frage der Konkurrenzfähigkeit des russischen Getreides auf dem Weltmarkt ab.

Als das russische Getreide nach der Hungersnot, zum ersten Male nach dem Oktoberumsturz, wieder auf dem Außenmarkt erschien, begann es trotz der Hetzkampagne der Gegenrevolution die amerikanische Konkurrenz zu verdrängen; das russische Weizenmehl, die sogenannte Kruptschatka (Kernsorte), findet zum Beispiel in seiner hohen Qualität in der ganzen Welt nicht seinesgleichen. Das russische Brotgetreide begann einen Markt nach dem andern wieder zu erobern. Von den 47,803.000 Pud, die 1922 zum Export bestimmt waren, wurden auch 44,810.460 ausgeführt (94%), und zwar in den Hauptsorten:

Roggen	27,918.769	Pud
Gerste	4,118.950	„
Hafer	1,449.823	„
Weizen	777.459	„
Mais	788.105	„ usw.

Von dieser ersten Exportmenge wurden verkauft nach den einzelnen Ländern:

Deutschland	28,073.899	Pud
Finnland	4,904.532	„
Dänemark	4,784.899	„
Holland	2,178.129	„
England	1,202.389	„ usw.

Seit dem ersten Exportjahr hat sich das sowjetrussische Getreide gegenüber dem amerikanischen, argentinischen und kanadischen Getreide erfolgreich behauptet. In welchem Maße sich die Basis des Exports erweitert hat, zeigt folgende Tabelle des Getreideverkaufes der diesjährigen Ernte seit dem 15. August bis zu Anfang Oktober.

Es wurden verkauft (in Pud)

an:	Insgesamt	Roggen	Weizen	Gerste	Mais
Frankreich	4,662.220	183.048	3,644.547	—	324.825
Deutschland	4,444.198	1,679.043	351.456	1,360.980	347.670
Holland	3,408.379	526.386	91.572	1,249.145	895.295
Norwegen	1,240.000	1,240.000	—	—	—
Finnland	1,990.660	1,736.000	—	—	2.000

usw.

Rechnet man noch Dänemark, Belgien, Schweden, Lettland, die Türkei, Italien und Estland hinzu, so ergibt sich ein Getreideabsatz von insgesamt 19,553.276 Pud innerhalb innerhalb einhalb Monaten.

Sowjetrußland erobert sich durch seinen Getreideexport die Weltstellung wieder; der begehrte Weizen zwingt dem französischen Staate die Achtung ab, die Herr Poincaré Sowjetrußland sagt. Aber der Getreideexport ist ja letzten Endes nichts anderes als ein sprechender Ausdruck für den Wiederaufbau des Sowjetstaates. Die Welt hat momentan „zu viel" Brot (dabei hungern in Zentraleuropa allein viele Millionen). Amerika weiß nicht, wo es seinen Weizen lassen soll, und die amerikanische Presse appeliert an jeden Patrioten, er möge — zu Nutz und Frommen des Vaterlandes — morgens, mittags und abends ein Brötchen mehr verzehren. In Rußland brauchen sich die armen Kapitalisten im Interesse des Vaterlandes die Bäuche nicht vollzuschlagen, hier verzehren die Proleten selber die weißen Semmeln und spenden in großartigem Solidaritätsgefühl den deutschen hungernden Brüdern so viel von ihrem Brote, wie nur möglich. Amerika versagt Deutschland die Hilfe, Rußland steht in der proletari- versagt. Aber der Getreideexport ist ja letzten Endes nichts anderes schen Hilfsaktion für Deutschland an erster Stelle.

Wirtschaft

Die wirtschaftlichen Wirkungen des Micum-Vertrages.

Von Rolf (Berlin).

(Der Presse bereits zugestellt.)

** Mit den Verträgen, die aus dem Vertrag der Micum (Mission Interalliée de Contrôle des Usines et des Mines) mit dem Rheinisch-Westfälischen Bergwerksverein entspringen, sowie mit den Verträgen, die bereits früher von der Micum mit der Wolff- und Krupp-Gruppe abgeschlossen sind, ist der „Ruhrkrieg" endgültig liquidiert worden: der rheinisch-westfälische Bergbau hat aufgehört, einen Teil des deutschen Produktionsapparats zu bilden; er ist ein Teil des französischen geworden. Aus dem Ergebnis des Ruhrkrieges — eben jene Verträge — geht klar und deutich die Absicht hervor, mit der er begonnen wurde. Der Ruhrkrieg ist nie und nimmer geführt worden um die Reparationen, um die nicht erfüllten Lieferungen der deutschen Schwerindustrie, der Ruhrkrieg ist vielmehr geführt worden, um eine endgültige Klärung des Verhältnisses zwischen der deutschen und französischen Schwerindustrie herbeizuführen. Dabei hat die deutsche Schwerindustrie von Anfang an den Anschluß an die französische gesucht, um einerseits mit ihrem besterhaltenen Teil von dem konkurrenzunfähigen übrigen Deutschland loszukommen, und anderseits durch Anschluß an die französische Schwerindustrie sich wenigstens einen Teil der verlorengegangenen Weltmarktabsatzgebiete zurückzuerobern. Der Ruhrkrieg ist geführt worden zur Feststellung der Beteiligungsquoten der deutschen und französischen Industrie in ihren Verträgen. Dabei hat die französische Industrie durch ihre Militärmacht, durch Überwindung der anfänglichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten seitens ihrer Industrie den Sieg davongetragen. Der Micum-Vertrag, neben dem private, nicht veröffentlichte Verträge herlaufen, ist der äußere Ausdruck des Verhältnisses der deutschen und französischen Industrie in ihrem Bündnis.

Die deutsche Schwerindustrie benützt auch diesen Vertrag, um den Kampf innerhalb des deutschen Kapitals zu verschärfen. Die Konzernwerke erhalten im Micum-Vertrag wesentliche Begünstigungen gegen die „reinen" Zechen. Der Vorstoß, den die eigentliche Schwerindustrie, die in Konzerne zusammengeschlossenen Berg- und Hüttenwerke, seit der Erneuerung des Vertrages des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats 1908 zur Überwindung der horizontalen zugunsten der vertikalen Konzentration der Industrie konsequent gegen die „reinen" Zechen betreibt, erhält seine Krönung mit der Festsetzung der Ermäßigung der rückständigen Kohlensteuer für die Konzernwerke im Micum-Vertrag. Gleichzeitig gibt diese Bestimmung den Anstoß zu einer neuen Konzentration im rheinisch-westfälischen Bergbau, zu einem fast völligen Aufsaugen der „reinen" Zechen durch die Konzernwerke.

Sind die Bestimmungen des Micum-Vertrages für die deutsche Schwerindustrie tragbar?

Der Vertrag setzt fest, daß von allen Bergwerken die Summe von 15 Millionen Dollar für Kohlensteuer, Strafgelder, Pauschale usw. zu bezahlen ist, und zwar sind 10% dieses Betrages innerhalb der ersten vierzehn Tage nach Abschluß des Sondervertrages der einzelnen Bergwerke mit der Micum zu bezahlen, während der Rest innerhalb zwei bis sechs Monaten gestaffelt (durch Wechsel) zu begleichen ist. Rechnet man den Preis für eine Tonne deutscher Kohle mit ungefähr 7 Dollar, so entspricht der Betrag von 15 Millionen Dollar etwa dem Verkaufswert von 1 bis 2½ der Ruhrkohlenjahresförderung.

Außerdem sind von jeder im besetzten oder im unbesetzten Deutschland verkauften Tonne Ruhrkohle 10 französiche Franken Abgaben zu bezahlen, wofür jede weitere Abgabe (Kohlensteuer usw.) wegfällt. Der eigene Verbrauch der Bergwerke, einschließlich der Deputatkohle, ist von jeder Abgabe befreit. Es ist nachgewiesen worden, daß diese Abgaben leicht zu tragen sind, da der Preis der deutschen Kohle den der englischen, französischen usw. um ein Bedeutendes übersteigt, obwohl die Löhne der Ruhrbergarbeiter nur einen Bruchteil der Löhne der englischen und französischen Bergarbeiter betragen.

Außerdem treten noch die Reparationsleistungen hinzu, die nicht näher im Vertrag, sondern in der nicht publizierten Anlage bezeichnet sind, die aber, wie wohl mit Recht vermutet wird, über das bisherige Reparationsprogramm hinausgehen. So ist zum Beispiel für Koks, dem für die Hütten wichtigsten Kohlenprodukt, die Ablieferungsgrenze bis auf 35% der Produktion vorgesehen.

Trotz der unzweifelhaften Erschwerung der Bedingungen für den deutschen Teil der Schwerindustrie wäre es diesem möglich — selbst ohne die Sachwerte anzugreifen, ohne auch nur einen Teil der durch die während des passiven Widerstandes durch Reich und Reichstreuhandgesellschaften gewährten Kredite gemachten Gewinne zu opfern — diese Bedingungen zu tragen. Die Kohlensteuer von 40, beziehungsweise 30% ist in Wegfall gekommen. Die Abgabe von 10 Franken bedeutet nur eine Belastung von etwa 6% des Kohlenverkaufspreises.

Der rheinisch-westfälische Bergbau duldet jedoch keine wie auch immer geartete Schmälerung seiner Profite. Er wälzt die ganze Belastung durch seine Verträge auf die Schultern des Proletariats ab und hofft noch, seine Profite durch die verschärfte Ausbeutung zu steigern. Die rheinisch-westfälische Schwerindustrie diktiert von sich aus die Aufhebung des gesetzlichen Achtstundentages für das Ruhrgebiet, sie führt den Neun- und den Neuneinhalbstundentag für Übertagarbeit, den Achtstundentag für Untertagarbeit ein. Die Gewerkschaften, die Führer der Arbeiterschaft in ihrem wirtschaftlichen Kampfe, geben nicht nur für das Proletariat des Ruhrgebietes, sondern für das Proletariat der ganzen Welt entscheidende Positionen kampflos auf. Der Durchbruch des Achtstundentages ist jedoch erst der Beginn des Kampfes des deutsch-französischen Kapitals gegen die Arbeiterschaft, ihm soll die Durchsetzung der übrigen Forderungen der Schwerindustrie — Lohnabbau, Massenentlassungen, Lohndifferenzierung, Aufhebung der Sozialgesetze, Einschränkung der Betriebsräterechte — folgen.

Das Aufgeben des Achtstundentages im Ruhrbergbau ist nicht nur eine Angelegenheit des Ruhrproletaritas, nicht nur des Proletariats des unbesetzten Deutschland, es ist vielmehr eine Angelegenheit des gesamten Proletariats der Welt. Dem Aufgeben des Achtstundentages im Ruhrgebiet folgt unmittelbar auch das Aufgeben des Achtstundentages im unbesetzten Deutschland, es ist das Signal zur Aufgabe des Achtstundentages in den übrigen Industriestaaten, schon um keine neue deutsch-französische Dumping-Konkurrenz aufkommen zu lassen. Pflicht des Ruhrproletariats, des deutschen Proletariats, des Proletariats der ganzen Welt ist: Kampf und Unterstützung des Kampfes gegen die Aufhebung des Achtstundentages, soll nicht das Gesamtproletariat eine große Niederlage erleiden.

Die Verträge mit der Micum tragen zu einer wesentlichen Verschärfung der Weltkrise bei. Sie verstärken die wirtschaftliche Hegemonie Frankreichs in Europa. Das französische Kapital und das mit ihm durch Geheimverträge und Geheimbeteiligungen aufs engste verbundene deutsche Schwerkapital sind in der Lage, durch Verschmelzung der deutschen Kohlen mit den französischen Eisenrohstoffgebieten erneut scharf konkurrierend auf dem Weltmarkt gegenüber den anderen Eisen produzierenden Ländern, vor allem England und Amerika, aufzutreten. Bereits jetzt durch die Frankenentwertung und die damit verbundene Heraufsetzung der Profitrate durch Lohnverringerung mittelst der Frankenentwertung vermag nach der Angabe des britischen Schatzkanzlers Sir Robert Horne die französische Schwerindustrie das englische Eisen im Preise bereits um 2 Pfund die Tonne zu unterbieten. Eine weitere verbilligte Produktion des fanzösischen Eisens durch die Unterstützung der rheinischen Schwerindustrie verdrängt das Eisen der anderen Länder, vergrößert in ihnen die Arbeitslosigkeit, verschärft die Weltkrise. Bereits vor dem Auftreten der französischen verstärkten Konkurrenz ist die sogenannte Ruhrkonjunktur in Nordamerika und Frankreich erloschen. So sind zum Beispiel im September in den Vereinigten Staaten nur 3·1 Millionen Tonnen Stahl gegen 4 Millionen Tonnen im Mai produziert worden. Die Aufträge des Stahltrustes sind von 7·4 Millionen im März, 7 Millionen im Mai, auf 5 Millionen im September zurückgegangen. In England hat sich die Stahlproduktion von 821.000 t im Mai auf 695.000 t im September verringert.

Im unbesetzten Deutschland, dessen Krise durch die Unfähigkeit der deutschen Industrie (infolge ihres zurückgebliebenen Produktionsapparats), weiter auf dem Weltmarkt konkurrieren zu können, bereits sehr groß geworden ist, verschärft sich diese noch mit der Loslösung des Ruhrgebietes, das ökonomisch schon heute nicht mehr zum deutschen, sondern nur zum französischen Wirtschaftsgebiete gerechnet werden kann, in einem kaum tragbaren Maße. Das letzte wichtigste Rohstoff- und Industriegebiet Deutschlands geht verloren. Die Industrie ver-

sucht zwar durch die Aufhebung des Achtstundentages, durch rigorose Massenentlassungen und verschärfte Ausbeutung die Krise zu verhindern — ein Versuch, der sich bald als völlig vergeblich herausstellen wird.

Das Ergebnis des Micum-Vertrages ist eine Verschärfung der gesamten Weltkrise, eine Zuspitzung des Konkurrenzkampfes innerhalb der Weltwirtschaft. Diese Verschärfung der Weltkrise wirkt unmittelbar zurück auf die Verursacher, die deutsch-französische Schwerindustrie. Es ist eine irrige Auffassung, die deutschen und französischen Industrien hätten im Ruhrkrieg sich als geschlossene Blocks gegenübergestanden, sie hätten mit der Liquidierung und dem Abschluß der Micum-Verträge sich zu einem einheitlichen Kontinentaltrust zusammengeschlossen. Von Anfang an vielmehr bestehen innerhalb der deutschen wie innerhalb der französischen Schwerindustrie scharfe Gegensätze, die sich um je zwei Flügel gruppieren (in Deutschland der Gegensatz Stinnes—Wolff—Krupp, in Frankreich der Gegensatz Schneider—de Wendel). Die gegensätzlichen Gruppen innerhalb der deutschen wie der französischen Industrie haben sich zu je einer Gruppe wieder zusammengeschlossen, die von den großen amerikanischen Konzernen Morgan und Rockefeller zum mindesten stark beeinflußt sind.

In der Einigung der deutschen und französischen Industrie in den Micum-Verträgen liegt bereits der Keim zu neuen Konflikten, die mit Verschärfung der Weltwirtschaftskrise stark zum Ausdruck kommen werden. In den einzelnen Gruppen werden die Teile um die Beteiligungsquoten bei einem Rückgange des Absatzes kämpfen, während die einzelnen deutsch-französischen Gruppen mit ihrer internationalen Ausdehnung und mit ihrer Verbindung mit je einem Weltkonzern gegeneinander um die Ausfuhrquote kämpfen werden.

Mit der Verschärfung der Weltwirtschaftskrise, mit der Aufhebung des Achtstundentages entsteht eine neue ungeheure Belastung des Proletariats. Schärfste Ausbeutung der Arbeitenden, ungeheures Elend der riesigen Scharen von Arbeitslosen bringt dieser Zusammenschluß mit sich. Es ist die Aufgabe des Proletariats der ganzen Welt, sich gemeinschaftlich mit dem deutsche Proletariat, mit dem Ruhrproletariat, zu wehren gegen die ungeheure Bedrohung durch die verschärfte Offensive des Kapitals.

Arbeiterbewegung

Die Lage der deutschen Gewerkschaften.

Von G. Obitz (Berlin).

** Die gegenwärtige Lage der deutschen Gewerkschaften wird in allererster Linie charakterisiert durch die Erschütterungen, die keineswegs mehr den Charakter einer vorübergehenden Krise, sondern vielmehr von Erschütterungen bis auf den Grund zu haben scheinen.

Mit dem fortschreitenden wirtschaftlichen Verfall und den sich mehr und mehr zuspitzenden politischen und sozialen Verhältnissen wurde die sich von den reformistischen Führern der deutschen Gewerkschaften selbst gestellte Aufgabe, ihre Mitgliedermaßen für die Restaurierung des ins Wanken gekommenen kapitalistischen Gebäudes einzuspannen, immer schwieriger. Trotz aller und der schönsten Versprechungen steigerte sich die Verelendung der Arbeiter in fortgesetzt zunehmendem Maße. Angefangen von der Beruhigungspille „Die Sozialisierung marschiert!“ über die prächtigen zehn Bielefelder Punkte nach dem Kapp-Putsch sowie über die anläßlich des Londoner Entente-Ultimatums „kategorisch“ geforderte Sachwerterfassung usw. bis zu den „Gold-“ und „wertbeständigen“ Löhnen — nichts von alledem erfüllte sich. Statt dessen sank der Reallohn auf ein Minimum, das den Arbeitern kaum noch die Existenz eines Kulis ermöglichte, baute man die Rechte der Betriebsräte ab, ging zum Angriff auf den Achtstundentag über, schränkte das Koalitionsrecht mit allen Mitteln ein, erzeugte ein Riesenheer von Arbeitslosen usw. Nach einem amtlichen Bericht waren am 27. Oktober dieses Jahres 19·1%, das heißt ein Fünftel der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands arbeitslos. Hierzu treten noch — nach demselben amtlichen Bericht — an Kurzarbeitern rund zwei Fünftel der Gesamtarbeiterschaft, so daß also drei Fünftel aller deutschen Arbeiter schon im Oktober erwerbslos waren, beziehungsweise verkürzt arbeiteten. Inzwischen schwoll diese Zahl selbstverständlich erheblich an. Am 15. November wurden allein im unbesetzten Gebiet Deutschlands rund zweieinhalb Millionen Arbeitlose geschätzt.

Wenn die Unternehmer in ihren organisierten Angriffen dazu übergingen, der Arbeiterschaft weitere Positonen zu entreißen, wenn die Arbeiter in eine Lage gedrängt wurden, in der ihnen die durch den Inflationsbetrug wiederum tiefer gesenkten Löhne kaum das nackte Leben ermöglichten, dann kam ihre Verzweiflung in spontanen Streikbewegungen zum Ausdruck. Immer aber erblickten die Führer der deutschen Gewerkschaften in diesen Situationen ihre Aufgabe darin, diese Bewegungen abzudrosseln. Das mußte natürlich im Laufe der Zeit bewirken, daß sich eine fort und fort steigende Unzufriedenheit in den Reihen der Mitglieder der deutschen Gewerkschaften bemerkbar machte. Die Auswirkungen der von den reformistischen Gewerkschaftsführern besonders in der letzten Zeit betriebenen Politik sind nun allerdings so stark, daß auch die Kommunisten nicht imstande sind, die Mitgliederflucht aus den Gewerkschaften vollkommen abzudämmen. Diese Tatsache bedeutet ein Zeichen des Niederganges der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Hier hinzu tritt noch folgendes: Durch den Währungsverfall, die zunehmende starke Arbeitslosigkeit und den Mitgliederabgang sind die deutschen Gewerkschaften in eine finanziell sehr elende Lage geraten. Auch die größten der deutschen Gewerkschaften sahen sich gezwungen, einen tief eingreifenden Angestelltenabbau vorzunehmen. Andere wiederum können noch nicht einmal ihrem verringerten Stab von Angestellten die Gehälter auszahlen usw. Nach einer Meldung aus New York hat der Führer des amerikanischen Gewerschaftsbundes, Gompers, die Mitglieder aufgefordert, die deutschen Gewerkschaften finanziell zu unterstützen, da — wie es in der Meldung heißt — „nach der Auffassung der amerikanischen Gewerkschaften die deutschen Gewerkschaften das beste Bollwerk gegen Bolschewismus und Monarchismus“ seien. In diesem Lichte betrachten auch andere Teile der deutschen Gewerkschaftsführer die Gefahr des Niederganges der Bewegung. Wie weit die Massen den Führern bereits entglitten sind und mit welchen Mitteln die reformistischen Gewerkschaftsführer bestrebt sind, ihren Einfluß unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, zeigt auch die Tatsache, daß die Gewerkschaftsvorstände in Hamburg dazu übergegangen sind, sich gegenüber allen politischen Parteien neutral zu erklären und ein eigenes Presseorgan für ihre Zwecke herauszugeben. Dadurch soll den Mitgliedermassen Sand in die Augen gestreut und der Eindruck bei ihnen erweckt werden, als hätten sich die reformistischen Gewerkschaftsführer von der verderblichen sozialdemokratischen Politik losgelöst.

Der Kern der Kommunisten in den Gewerkschaften sammelt immer weitere Scharen von oppositionellen Gewerkschaftsmitgliedern um sich. Das erheblich fortgeschrittene Stadium des Prozesses der Unzufriedenheit der Mitgliedschaft in den deutschen Gewerkschaften beweist ferner die am 28. November dieses Jahres in Weimar abgehaltene Konferenz der Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB.). Hatte der Vorstand des ADGB. die Konferenz als eine „typische Mache der Kommunistischen Gewerkschaftszentrale der KPD.“ verschrien, so war die Konferenz trotzdem in einem Maße beschickt, das jedem pessimistischen Beurteiler der deutschen Gewerkschaftsbewegung Respekt abgewinnen muß. Die Konferenz zählte 273 Delegierte; 225 dieser Delegierten vertraten 181 Ortsausschüsse des ADGB. und 42 Delegierte vertraten verschiedene Gewerkschaften und Erwerbslosenräte. Außerdem haben mehr als 40 Ortsausschüsse Erklärungen eingesandt, in denen sie ihre Übereinstimmung und Solidarität mit der Konferenz bekundeten. Wenngleich 175 Delegierte der aufgelösten KPD. angehörten, so stellten trotzdem die Zahlen von 68 SPD.-, 15 USPD.- und 18 parteilosen Delegierten ein charakteristisches Moment der Konferenz dar.

Das Ergebnis der Konferenz läßt sich dahin zusammenfassen, daß bereits in den weitesten Schichten der Mitglieder der deutschen Gewerkschaften die Erkenntnis zutage getreten ist, daß dem drohenden Untergange der Gewerkschaften mit allen Mitteln entgegengearbeitet werden muß. Dazu gehört in allererster Linie der grundsätzliche Bruch mit der bisherigen Arbeitsgemeinschaftspolitik, gehören ferner die energische Abwehr der Angriffe auf das Streikrecht, auf die Rechte der Betriebsräte, auf die Freiheit der Arbeiterklasse. Die Friedenslöhne müssen wieder errungen und der Achtstundentag gesichert werden. Für die Unterbringung der Arbeitslosen muß eine Kürzung der Arbeitszeit durchgeführt, müssen Notstandsarbeiten aufgenommen und unter Beseitigung der kürzlich eingeführten Erwerbslosen-

versicherung ausreichende Erwerbslosenunterstützungen durch den Staat durchgesetzt werden. Die gefährdete Sozialgesetzgebung ist mit allen zu Gebote stehenden Maßnahmen zu schützen. Der bisherige Lohnsteuerabzug muß fortfallen. Der Produktionssabotage der Unternehmer ist mit allen möglichen Mitteln entgegenzutreten. In dem Manifest, das der Kongreß beschloß, heißt es dann:

„Zur Durchführung dieser Aufgaben muß der Kongreß die notwendigen organisatorischen Konsequenzen ziehen. Es muß ein sichtbarer Bruch mit der Vergangenheit vollzogen und eine gründliche Änderung der Tarif- und Verhandlungspolitik und der bisherigen Organisationsmethoden durchgeführt werden. Dazu ist notwendig: Zurückziehung der Gewerkschaftsvertreter aus allen arbeitsgemeinschaftlichen Instanzen. Umorganisierung zu revolutionären Kampfverbänden; einheitlicher organisatorischer Aufbau der gesamten Gewerkschaftsbewegung mit zentraler Kampfleitung; Gliederung der Organisationen in Industrieverbände auf der Grundlage: „Ein Industriezweig, ein Betrieb, ein Verband". Vereinfachung und Verbilligung des Verwaltungsapparats durch Übergabe einer Reihe von gewerkschaftlichen Funktionen an die gewählten örtlichen ehrenamtlichen Verwaltungsorgane und an die Betriebsräte. Garantie der Meinungsfreiheit aller Mitglieder in den Organisationen, Demokratisierung des gesamten Funktionärkörpers, Reinigung des Funktionärkörpers von unten bis oben von allen klassenkampffeindlichen, für die Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum eintretenden Elementen. Finanzielle Maßnahmen, die bei größter Sparsamkeit und Vereinheitlichung des Organisationsapparats die Erfüllung der Aufgaben in jeder Situation ermöglichen."

Die Konferenz beschloß noch einen letzten Versuch, den Spitzen der deutschen Gewerkschaften Gelegenheit zu geben, ihre Entschlossenheit zu beweisen, daß sie gewillt sind, dem Willen ihrer Mitgliedermassen zu entsprechen. Die Gewerkschaftsspitzen wurden aufgefordert, einen außerordentlichen deutschen Gewerkschaftskongreß einzuberufen, auf dem die so lebensnotwendigen Forderungen der deutschen Arbeiterklasse und die zur Durchsetzung dieser Forderungen geeigneten Maßnahmen beraten werden sollen. Der Kongreß hegte allerdings keinerlei Illusionen in bezug auf die Willfährigkeit der Gewerkschaftsspitzen. Aus diesem Grunde beschloß er, diesen außerordentlichen deutschen Gewerkschafskongreß im Falle der Ablehnung durch die Gewerkschaftsspitzen selbständig einzuberufen, und zwar zu einem Zeitpunkt, der ihm als der geeignete erscheinen wird.

Selbstverständlich erklärte der Kongreß den deutschen Arbeitern klipp und klar, daß eine tatsächliche und dauernde Besserung der Lage der deutschen Arbeiter nur durch die Eroberung der politischen Macht herbeigeführt werden kann.

„Nur die Durchführung des von uns vorgeschlagenen Programms wird das berechtigte Mißtrauen breiter Arbeiterschichten, ihre Passivität, ihre Gewerkschaftsmüdigkeit überwinden, die Flucht aus den Verbänden, die Verweigerung der Beitragszahlung bannen, die gewerkschaftliche Zersplitterung beseitigen und alle Klassenkräfte in einer gewerkschaftlichen Kampfgemeinschaft konzentrieren."

Das ist die Aufgabe der in den deutschen Gewerkschaften organisierten Arbeiter. erklärt die Konferenz.

Die Bestürmung der Avantgarde des deutschen Proletariats zwingt die vordersten Klassenkämpfer für die Befreiung vom Joche des Kapitalismus zu einer Feuerprobe. Schon jetzt zeigt diese Feuerprobe, daß sich die für die Freiheit des Proletariats kämpfenden Reihen enger zusammenschweißen, daß sie mit um so größerer Energie auf ihr Ziel zumarschieren: auf die Eroberung der deutschen Gewerkschaften.

Die große Streikbewegung in Österreich.

Die Lohnkämpfe der Metallarbeiter, der Industrie- und Bundesangestellten Österreichs.

Von Ernst Haidt (Wien).

** Seit dem Frühjahr d. J. sind die Kollektivverträge der Wiener Metallarbeiter sowie der Industrieangestellten abgelaufen. Die Erneuerung der beiden Verträge sollte den Arbeitern und Angestellten einen Teil dessen wiederbringen, was die Unternehmer vorher im Wege des vereinbarten Lohnabbaues, in noch größerem Maßstabe aber durch wilden Lohnabbau in den einzelnen Betrieben weggenommen hatten. Im April stellte der Metallarbeiterverband eine etwa 15%ige Lohnforderung. Im Verhandlungswege wurde mit einer 5%igen Erhöhung abgeschlossen. In der entscheidenden Konferenz der Betriebsratsobmänner konnte die Metallarbeiterbureaukratie die Zustimmung zu diesen Abschlüssen nur dadurch erreichen, daß sie sich verpflichtete, für die noch ausstehenden 10% der Forderung den Kampf weiterzuführen. Die Einlösung dieses Versprechens erfolgte natürlich nicht. In der weiteren Folge wurden der Wiener Kollektivvertrag und mit ihm die Verträge der anderen Lohngebiete von Fall zu Fall verlängert, zuletzt Ende Juli, wo der Metallarbeiterverband einem weiteren dreimonatigen Vertragsprovisorium zustimmte. Die Monate August bis Oktober ergaben selbst nach dem unzureichend errechneten Index eine Steigerung der Lebenshaltung von zusammen 6%. Afgesehen von dem wilden Lohnabbau, der bei den höher verdienenden Metallarbeitern bis zu 20% betrug, hat die gesamte Metallarbeiterschaft im Laufe des Jahres 14% ihrer Löhne eingebüßt. Bei den Industrieangestellten waren analoge Vorgänge zu verzeichnen, so daß sich die Metallarbeiter und die Industrieangestellten diesmal in die Zwangslage versetzt sahen, einen einigermaßen entsprechenden Ausgleich ihrer Löhne und Bezüge zu fordern. Der Metallarbeiterverband forderte eine durchgängige Erhöhung der Löhne um 15%, Erhöhung des Teuerungsumrechnungsschlüssels von 46 auf 50 sowie Festsetzung der starren Teuerungszulagestufen von 800, 1300 und 1500 auf einheitlich 2500 Kronen pro Stunde. Dadurch werden vor allem die Löhne der Jugendlichen und Frauen einigermaßen in die Höhe gerückt. Der Bund der Industrieangestellten forderte eine durchgängige Erhöhung der Gehälter um 25% sowie eine Neufestlegung der geltenden niedrigsten Grundgehälter. Die Unternehmer lehnten in beiden Fällen rundweg ab. Die Metallindustriellen erklärten sich bereit, eine mäßige Erhöhung der geltenden niedrigsten Löhne des Lohnvertrages vorzunehmen, und die Industriellen aller Industriezweige erklärten den Angestellten auf Grund des Leistungsprinzips die Gehälter aufzubessern, alle lehnten aber eine durchgängige Erhöhung der Grundgehälter rundweg ab. Hier lag offenkundig die Absicht vor, die Organisation der Industrieangestellten auszuschalten und die einzelnen Angestellten der Gnade der Unternehmer zu überlassen. Alle Versuche der Gewerkschaftsbureaukratie, irgend ein Verhandlungsresultat zu erzielen, scheiterten an der Weigerung der Unternehmer. Es galt nun, vor allem die früher bestandene Verhandlungsmöglichkeit wieder zu erreichen, und dies sollte durch die Drohung mit dem Generalstreik geschehen. Die Angestellten der Elektroindustrie waren in den Ausstand getreten (6000), was die Unternehmer mit der Aussperrung von 11.000 Metallarbeitern beantworteten. Seitens der beteiligten Verbände wurde nun ein von der Gewerkschaftskommission gestütztes Ultimatum gestellt, nach dessen Ablauf in den Streik getreten würde, zugleich erfolgte aber auch die Ausschaltung von Licht und Kraft jeder Art. Zu dieser Zeit waren auch schon die Forderungen der Bundesangestellten akut. die für die niedrigsten Gehaltsgruppen eine Frhöhung ihrer Bezüge um30% forderten. Wie wenig ernst die Forderung mit dem Generalstreik gemeint war, geht daraus hervor, daß es der Gewerkschaftsbureaukratie nicht einfiel, für die Forderungen der Bundesangestellten, der Metallarbeiter und Industrieangestellten den einheitlichen Kampf in Aussicht zu stellen. Ja, noch mehr. Während der Verhandlungen über die Forderungen der Bundesangestellten wurde für die Angestellten des eigenen Wirtschaftskörpers, Bundesbahnen, separat verhandelt und eine Vereinbarung herbeigeführt.

Zugleich mit der Generalstreikdrohung wandten sich die Gewerkschaftsführer an die Regierung, um ihre Vermittlung in der „drohenden Katastrophe" anzurufen. Es kam auch zu Verhandlungen, in denen folgende Vereinbarung erzielt wurde: Bei den Metallarbeitern eine Erhöhung der Löhne um rund 6 statt der geforderten 15%. Anwendung des Umrechnungsschlüssels von 50 statt wie früher 46, mäßige Hebung der im Vertragsprovisorium festgesetzten Grundstundenlöhne, die aber ohnehin längst überholt sind. Fortbestand der abgestuften starren Stundenzulage, wodurch die Löhne der Jugendlichen und Frauen fast auf dem alten niedrigen Niveau bleiben. Bei den Industrieangestellten wurde statt der geforderten 25%igen nur eine 6%ige Erhöhung erreicht. Metallarbeiter wie Industrieangestellte haben also nur einen Teil dessen erhalten, was ihnen im Laufe

des Jahres weggenommen wurde — und dies alles trotz der Androhung des schärfsten Kampfmittels, von dem allerdings die Regierung und Unternehmer wußten, daß es von dieser Gewerkschaftsbureaukratie nicht angewendet wird. Die Stimmung der Arbeiterschaft und der Industrieangestellten ist auch dementsprechend. Nach dem Erfolg der Unternehmer ist nun die Regierung daran, die Gehaltsforderungen der Bundesangestellten neu zu regeln. Während die Verhandlungen im Gange waren, brachte der Kanzler Seipel, die Beamtengehaltsvorlage im Nationalrat ein. Diese sieht eine Senkung der Grundgehälter von 165·4 auf 158·8 der Märzbezüge*), also faktisch eine Gehaltsverminderung vor. Dafür sollen zu den Leistungsbezügen (Grundgehalt und Ortszulage) abgestuft 20 bis 50% an Zuschlägen gegeben werden, und zwar so, daß 86% der Angestellten den geringeren Prozentsatz erhalten. Faktisch bedeutet dies eine monatliche Gehaltsverbesserung um etwa K 17.000, das heißt etwa einen Betrag, der gerade noch für zehn Straßenbahnfahrten zureicht. Hier brachte es der Diktatwille des Bundeskanzlers dahin, daß die Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten in den Ausstand traten, der nach dem Plan der Organisation, gestützt auf Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses, noch auf andere Kategorien der Bundesangestellten erweitert werden sollte. Es kam aber nicht dazu. So wie beim Kampf der Metallarbeiter und Industrieangestellten, wurde das Schwergewicht in den Nationalrat und dort in den Unterausschuß verlegt, wo man sofort dazu überging, ein Kompromiß zu schaffen. Dieses Kompromiß kam in einer Form zustande, die es der Regierung ohne weiteres ermöglichte, trotz des Streikes der Bundesangestellten von einem Siege über diese zu sprechen. Die Bundesangestellten erhalten 160·4- statt 165·4mal die Märzbezüge von 1921, also ist der Multiplikator um zwei Punkte niedriger als bei den Eisenbahnern. Sie verzichten auf die Berücksichtigung der Indexauswirkung bis zum Mai, und dies alles für einen Betrag, der in der niedrigsten Lohngruppe, einschließlich der zweimonatlichen Nachzahlung, K 130.000 beträgt. Dieser Abschluß, der das Produkt der Kompromißpolitik der sozialdemokratischen Abgeordneten ist, schafft natürlich, besonders bei den Angehörigen der Technischen Union, wo die Arbeiter vorherrschend sind, eine große Erregung. Erst volle 24 Stunden später, nachdem sie einen Teil der bereits funktionierenden Postbetriebe wieder stillgelegt hatten, gelang es, die nunmehr isolierten Anhänger der Technischen Union zum Abbruch des Streiks zu bewegen. Es ist jetzt offenkundig, daß es den reformistischen Gewerkschaftsführern wie den sozialdemokratischen Abgeordneten nicht um die Anwendung der Kampfmittel zu tun ist, sondern daß ihre Drohungen in dieser Richtung nichts anderes bezweckten, als zu Kompromissen mit den Unternehmern und zur Koalition mit der christlichsozialen Regierung zu gelangen. Dieser Kompromißpolitik opfern sie die vitalsten Interessen der Arbeiter und Angestellten und nehmen dafür jede Verschlechterung der wirtschaftlichen Position und jede Niederlage in den Kauf. Das muß die Erkenntnis der Arbeiter und Angestellten fördern, daß sie es nur durch rücksichtslose Anwendung der Klassenkampfmittel erreichen können, sich ihrer Feinde, der Unternehmer und der Regierung, zu erwehren.

Proletarische Frauenbewegung

Die Propaganda und Agitation der Kommunistischen Partei unter den Frauen Transkaukasiens.

(Aus den Leitsätzen zu dem Bericht der Genossin Kasparowa: „Die nächsten Aufgaben der Partei auf dem Gebiete der Arbeit unter den Frauen Transkaukasiens".)

I. Die Tätigkeit unter den Arbeiterinnen.

** Da die Wiederherstellung der Industrie von dem Interesse der Arbeiter und Arbeiterinnen an ihren Unternehmungen und von der gewissenhaften, nicht mechanischen Ausführung ihrer Pflichten, von ihrem kulturellen und politischen Reifegrad in weitem Maße abhängt, müssen die Frauensektionen bei ihrer politischen und aufklärenden Arbeit unter den Arbeiterinnen von diesen Voraussetzungen ausgehen.

Um die Arbeiterinnen für den Betrieb der Fabriken und Werke zu interessieren und sie an eine Wahrung der Interessen der Fabriken und Werke sowie ihrer eigenen Wirtschaft zu gewöhnen, muß man die Arbeiterinnen mit der Geschichte der Industrie, in der sie arbeiten, mit ihrer Bedeutung und Verbindung mit der gesamten Staatsindustrie auf Delegiertenversammlungen und in besonderen politischen und Fachzirkeln bekanntmachen.

Gleichzeitig müssen die Arbeiterinnen als aktive Mitglieder in die Fabriks- und Werkkomitees eingeführt werden, indem man sowohl den Arbeiterinnen selbst als auch den Zellen des Betriebes die Bedeutung der aktiven Beteiligung der Arbeiterin an der Verwaltung der Produktion im Interesse des Unternehmens selbst vor Augen führt.

Die energischesten und klassenbewußtesten Arbeiterinnen müssen zu den Delegiertenversammlungen hinzugezogen werden, die die Elementarschulen des Kommunismus für die Arbeiterinnen sind. Die Delegiertinnenversammlungen sollen einerseits der Arbeiterin die Grundbegriffe der Allgemeinbildung, vorzugsweise in der Naturkunde (die Entstehung der Welt, die Abstammung der Menschen, das Leben der Pflanzen und Tiere) geben, um die Arbeiterinnen an ein kritisches Verhalten der Erscheinungen der sie umgebenden Natur gegenüber zu gewöhnen. Anderseits soll das Programm sie mit den Grundrissen der Kulturgeschichte (Entstehung der Familie, des Privateigentums, des Staates, der Religion), mit der Evolution der Wirtschaftsformen, mit dem Sowjetaufbau, mit den Grundprinzipien des Kommunismus, mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und, als einen Teil davon, mit der Geschichte der Arbeiterinnenbewegung und ihren Perspektiven in der Zukunft bekanntmachen. Gleichzeitig soll das besondere Augenmerk auf die praktische Arbeit der Delegiertinnen für den Sowjet- und Gewerkschaftsaufbau gerichtet werden.

Der gewaltige Prozentsatz der Analphabeten unter den Arbeiterinnen verpflichtet die Frauensektionen zu der aktivsten Beteiligung an der Beseitigung des allgemeinen Analphabetentums. Die Frauen sollen an den Aufklärungsorganen für die Arbeiterinnen und für den Besuch der Arbeiterinnen in den Abc-Schulen arbeiten. In erster Linie müssen die Delegiertinnen das Lesen und Schreiben erlernen.

Um das Klassenbewußtsein der Arbeiterinnen zu heben, müssen die klassenbewußtesten von ihnen in die öffentlichen Versammlungen der kommunistischen Zellen geführt und in die marxistischen Zirkel aufgenommen werden. Auch sollen besonders politische Zirkel für die arbeitenden Frauen organisiert werden.

Die politische, aufklärende Arbeit unter den Arbeiterinnen auf den Delegiertinnenversammlungen und in den politischen Zirkeln soll das Streben nach systematischerem und gründlicherem Wissen erwecken, das dann in den Arbeiterfakultäten und Sowjetparteischulen erworben werden kann. In diese Institutionen sollen die Frauensektionen durch die Gewerkschaften die klassenbewußtesten und energischesten Arbeiterinnen delegieren, für die eine bestimmte Plätzeanzahl reserviert werden muß.

In Anbetracht der gewaltigen Bedeutung der Arbeiterklubs für eine kommunistische Weltanschauung im Proletariat und für die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiter und in Anbetracht ihrer allgemeinen kulturellen und aufklärenden Bedeutung muß die größtmöglichste Anzahl von Arbeiterinnen in die Arbeiterklubs hineingezogen werden. Aber weil die Arbeiterinnen, als der weniger klassenbewußte und passivere Teil der Arbeiterschaft, häufig enttäuscht den Klub verlassen, müssen die Frauensektionen selbst sich an den Arbeiterklubs auf das aktivste beteiligen, indem sie auf diesen Versammlungen Fragen stellen, die die Arbeiterinnen interessieren, und indem sie die Klubs zu Massenagitation und Propaganda für die breite Arbeiterinnenmasse durch Erstattung von Referaten und Aufführung von Schauspielen ausnutzen.

II. Die Tätigkeit unter den Frauen der Arbeiter.

Nicht weniger wichtig ist die politisch aufklärende Arbeit auch für die Frauen der Arbeiter, weil diese Frauen bisher das rückständige Element und auch zur Zeit noch das Haupthindernis zur Einführung der Jugendlichen in den Kommunistischen Jugendverband und in die Klubs sind. Die Frauen versuchen ihre Männer von dem Besuche der Arbeiterversammlungen, der Abc-Schulen, Klubs usw. abzuhalten. Auch weil die Erziehung der Kinder im vorschulpflichtigen Alter sich vorzugsweise in den Händen der Mütter befindet, gewinnt die kritische aufklärende Arbeit unter den Frauen der Arbeiter eine besondere Bedeutung.

Um das kulturelle und politische Niveau der Frauen der Arbeiter zu heben, müssen die energischesten und klassenbewußtesten von ihnen in den Delegiertinnenversammlungen organisiert werden. Hier erhalten sie Aufklärung und Unterricht im Lesen und Schreiben. Gleichzeitig müssen sie in die Arbeiterklubs eingeführt werden, wo für sie Schauspiele veranstaltet und verschiedene Referate kulturaufklärenden, pädagogischen und politischen Charakters gehalten werden.

Zur Propagierung der sozialen Kindererziehung, zum Ausbau der Kinderheime, Kinderhorte, Schulen usw. muß die praktische Mitarbeit der Frauen der Arbeiter für diese Einrichtungen gefördert werden, indem man auf den Elternversammlungen Fragen der Kindererziehung, des Mutterschaftsschutzes und der Säuglingsfürsorge usw. bespricht.

In Anbetracht der kulturellen Rückständigkeit der Hausfrauen und des Mangels an Interesse für politische Fragen, muß die grundsätzliche Arbeitsmethode unter diesen Frauen in künstlerischer Agitation (Veranstaltung von Schauspielen, Illustrierung der Berichte durch Lichtbilder, Inszenierung von Volksgerichten, lebende Zeitungen usw.) bestehen und nicht in trockenen politischen Referaten.

Mit Rücksicht auf die besondere Lage der Frauen des Ostens, auf ihre Rückständigkeit und die spezifischen Bedingungen ihrer Lebenshaltung bleiben die Arbeiterinnenklubs das wichtigste Mittel zur Arbeit unter den Frauen. Zu diesem Zwecke muß die ganze kulturaufklärende, politische und Sowjetarbeit der Frauensektionen bei den Frauen des Ostens in den Klubs konzentriert werden (Abc-Schulen, Kurse des politischen Abc, technische Fachkurse, Artells, Werkstätten, Kinderkrippen, Kindergärten usw.).

Die Klubs sollen nicht nur bildend wirken, sondern sie sollen der Mittelpunkt für die kommunistische Propaganda unter den Frauen sein.

III. Die Arbeit unter den Bäuerinnen.

Die Unkultur des Dorfes und seine Losgerissenheit von dem Stadtleben, sind ein starkes Hindernis für die Befestigung des Sowjetbaues. Aus diesem Grunde hat die politische aufklärende Arbeit unter den Bäuerinnen keine geringere Bedeutung als die unter den Arbeiterinnen.

In Anbetracht der gewaltigen Bedeutung der Mittelbauern für die Wiederherstellung der Landwirtschaft muß neben der Arbeit unter den ärmsten Bäuerinnen auch eine politisch aufklärende Arbeit der Frauensektionen unter den Bäuerinnen des Mittelstandes einsetzen.

Für die Arbeit unter den ärmsten Bäuerinnen muß die wohlhabendere Bauernschaft zur Hilfe für die unvermögenden Bauern und zur Unterstützung bei der Organisierung von landwirtschaftlichen Genossenschaften, Wäschereien, Speisehäusern usw. herangezogen werden.

Die politisch aufklärende Arbeit der Frauensektionen unter den Bäuerinnen muß in den Dorfsowjets, in den Ländereienkomitees, in den Dorfkomitees der gegenseitigen Unterstützung, in den Konsumgenossenschaften, in den Schulen und Kinderheimen geleistet werden.

Die energischesten und klassenbewußtesten Bäuerinnen müssen zu den Delegiertenversammlungen hinzugezogen werden. Hier müssen die Bäuerinnen wissenschaftliche Kenntnisse über die Erscheinungen der sie umgebenden Natur erhalten, um die Jahrhunderte alten Vorurteile und den Aberglauben bekämpfen zu können. (Antireligiöses Programm.) Weiter muß das Programm elementare Angaben über Kindererziehung und Hygiene (die Gesundheit der Mutter selbst und ihrer Kinder) enthalten, ebenso praktische Fragen der Hauswirtschaft und Landwirtschaft, um der bei der Bäuerin typischen Ansicht über die Wirtschaft, als ob sie eine selbständige, von dem ganzen System der Volkswirtschaft isolierte Einheit darstelle, entgegenzutreten. Notwendig ist ebenfalls die Beleuchtung des gegenseitigen Verhältnisses zwischen Bauerntum und Industrieproletariat und der Abhängigkeit der kleinen Wirtschaft von der Großindustrie. Ferner müssen der Bäuerin Kenntnisse von der Bedeutung des Genossenschaftswesens übermittelt werden.

Mit Rücksicht auf die gewaltige Bedeutung der Verbreitung landwirtschaftlicher Kenntnisse unter den Bäuerinnen müssen die schreibkundigsten, entwickeltsten und energischesten unter ihnen in die landwirtschaftlichen Kurse hineingezogen werden.

Da die meisten Bäuerinnen nach wie vor des Lesens und Schreibens unkundig sind, muß ihrem Unterricht im Lesen und Schreiben mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. In erster Linie müssen die Delegiertinnen das Lesen und Schreiben lernen.

Bei der Überlastung mit Arbeit sind Unterhaltungen das beste Mittel zur Interessierung der Bäuerinnen. Die Unterhaltung soll mit der konkreten und der Bäuerin nahestehenden Wirklichkeit beginnen. Die Tagesfragen und ihre verständliche Beleuchtung interessieren die Zuhörerinnen weit mehr als ein gut ausgearbeiteter Bericht oder ein der ländlichen Bevölkerung fernstehendes Thema.

Zur politischen aufklärenden Arbeit unter den Bäuerinnen ist das Lehrerpersonal des Dorfes heranzuziehen.

Jugendbewegung

Die KJI. zum Verbot der Kommunistischen Jugend Deutschlands.

An das Proletariat Deutschlands!

An die Jungarbeiter, Bauern und Soldaten aller Länder!

Genossen!

** Der **weiße General Seeckt,** Angestellter der Hochverräterfirma Stinnes, Klöckner, Wolf & Co., hat den Willen seiner Auftraggeber vollzogen und neben unserer **kampferprobten deutschen Kommunistischen Partei** unsere **tapfere Kommunistische Jugend Deutschlands aufgelöst.** Damit hat der weiße General öffentlich eingestanden, daß die Kommunistische Jugend Deutschlands die **einzige Jugendorganisation in Deutschland ist, deren Tätigkeit im Dienste der Interessen der proletarischen und bäuerlichen Jugend von den Ausräuberern der arbeitenden Klassen und Mittelschichten, den Stinnes & Co., gefürchtet wird.**

Die jungen Kommunisten der ganzen Welt quittieren voller Stolz diese Ehrung ihres deutschen Bruderverbandes. Sie wissen die Schmerzen der weißen Generale und ihrer Auftraggeber und sozialdemokratischen Lakaien sehr wohl zu würdigen. In rastloser, zäher Arbeit und hingebender Begeisterung haben die jungen Kommunisten Deutschlands ihre Organisation zu einer machtvollen, festgefügten Waffe des Jungproletariates ausgebaut. **80 000 Jungarbeiter und Bauern sind heute in ihren Reihen organisiert,** und weitere Hunderttausende folgen ihrer Fahne, stehen unter ihrer Führung im Kampfe gegen die großkapitalistischen Räuber und ihrer faschistischen Söldlinge, für den Aufbau des Arbeiter- und Bauernstaates.

Junge Arbeiter und Bauern Deutschlands! Das Bestehen und die opfervolle Tätigkeit der Kommunistischen Jugend Deutschlands, der Organisation, die als einzigste proletarische Jugendorganisation unermüdlich und restlos Eure Interessen verteidigte, die Euch in den Kampf gegen Hunger, Not und Verelendung führte, gefährdet den Geldsack der kapitalistischen Hyänen. Ihr Kampf, Euer Kampf ist eine Gefahr für sie geworden. Deshalb nimmt man Euch die Führung. Deshalb verbietet man Eure Organisation. Dshalb sperrt man Eure kommunistischen Arbeitskollegen in Gefängnisse und Zuchthäuser. **Auf diese Weise hofft man, Euch wehrlos und gefügig zu machen!**

Beweist den Generalen, den Ausbeutern und sozialdemokratischen Führern, daß sie ihre Rechnung ohne Euch gemacht haben. **Ein Sturm des Protestes gegen das Verbot Eurer einzigen Kampforganisation, eine gewaltige Welle der Sympathie und Begeisterung, eine kraftvoll durchgeführte Solidaritätsaktion der Hilfe und Unterstützung für die verbotene Kommunistische Jugend muß den heimtückischen Plan der Ausbeuterknechte zunichte machen. Nun erst recht!**

Auch Ihr, sozialdemokratische, jugendliche Arbeiter, müßt nun erkennen, welches Spiel man mit Hilfe Eurer Führer mit der proletarischen Jugend treiben will. **Was heute das Schicksal der jungen Kommunisten ist, wird morgen Euer eigenes Schicksal sein!** Deshalb gilt es, zur rechten Zeit ein Ende zu machen. Die proletarische Jugend muß den Handschuh aufnehmen, den man ihr hingeworfen hat. Und hinweg mit denen, die den aufgezwungenen Kampf durch Zersplitterung und Verrat stören und schwächen. Über sie hinweg zur kämpfenden Einheitsfront der Jungarbeiter und Bauern, zur Verteidigung ihrer Interessen — das ist das Gebot des Augenblickes!

Das ungewollte Eingeständnis der herrschenden Klasse muß die Arbeiterjugend beherzigen.

Mit allen Mitteln und Kräften Stärkung der verbotenen Kommunistischen Jugend! Schart Euch fester um ihre roten Fahnen! Jeder Jungarbeiter und Bauer ein neuer Kämpfer der kommunistischen Jugend! In tausend Stücke und in alle Winde das Verbot, das Euch Eurer besten Waffe berauben will! Nieder mit der Diktatur der weißen Generale! Nieder mit dem weißen Terror unter sozialdemokratischer Mithilfe!

Es lebe die verbotene und aufgelöste Kommunistische Jugend Deutschlands! Es lebe die tapfere proletarische Jugend Deutschlands, die im Kampfe um die Zukunft an der Seite des kämpfenden Proletariats und in seinen ersten Reihen steht.

Moskau, am 25. November 1923.

Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Jugendinternationale.

Deutschlandhilfe

Die solidarische Hilfe der russischen Arbeiter für ihre deutschen Brüder.

Die „Rote Sturmfahne" für das deutsche Proletariat.

** Am 7. November, dem Jahrestag der russischen Oktoberrevolution, wurde dem Zentralkomitee der Internationalen Roten Hilfe von einer Bauerndelegation aus Kotelnitsch, Gouvernement Wjatka, eine Rote Fahne übergeben für die deutschen Barrikadenkämpfer. Die Fahne trägt die Aufschrift „Rote Sturmfahne". Die Übergabe der Fahne fand am Abend des 7. November in Moskau, im Saale der Swerdlow-Universität statt. Für die deutsche Partei sprach die Genossin Clara Zetkin, im Auftrage des Zentralkomitees der Internationalen Roten Hilfe Genosse Marchlewski. Die Bauerndelegierten erklärten: „Mit der Waffe in der Hand kann das russische Proletariat den deutschen Revolutionären heute noch nicht helfen. Mit Brot und Geld aber können wir Euch helfen!" Und die russischen Bauern sagten das nicht mit leeren Händen. Für die proletarischen Opfer des deutschen Bürgerkrieges hatten sie 3500 Pud Getreide, sowie warme Wäsche, Stiefel, Seife, Taschenmesser usw. mitgebracht.

Das russische Proletariat denkt an die Opfer der deutschen Revolution und sorgt für sie mit brüderlicher Liebe.

Schickt uns deutsche Revolutionswaisen!

** So fängt ein Telegramm an, das vor einigen Tagen das deutsche Landeskomitee der „Roten Hilfe" aus Österreich erhielt.

„Zwölf Plätze können schon besetzt werden."

Die österreichischen Arbeiter nehmen sich der Kinder derjenigen Proletarier an, die für ihre Überzeugung im Gefängnis sitzen oder als Helden im Straßenkampf gefallen sind. Mit ihrer Fürsorge für die Revolutionswaisen haben sie dem übrigen Proletariat den richtigen Weg gezeigt.

Folgt dem Beispiel: Nehmt Euch der deutschen Revolutionswaisen an!

Rote Hilfe

„Rote Hilfe" den verfolgten bulgarischen Revolutionären.

Bulgarische Emigranten in Jugoslawien.

** Gegenwärtig halten sich in Jugoslawien 1200 bis 1500 bulgarische Emigranten auf. Sie haben dort im Rahmen der „Roten Hilfe" ein eigenes Komitee geschaffen, das die Unterstützung unter den Emigranten regelt und in enger Verbindung mit dem bulgarischen Auslandshilfskomitee der „Roten Hilfe" in Wien steht. Von den Emigranten haben bereits 75% Arbeit erhalten. Leider hat sich in letzter Zeit die Lage der Emigranten verschlechtert. Die Regierung beginnt, sie zu verfolgen. Die bulgarische Bauernpartei wird deshalb bei der bulgarischen Regierung interpellieren. Auch in den Fabriken sucht man die Emigranten zu terrorisieren und ihnen niedrige Löhne zu geben, um dadurch ein Mißverhältnis zwischen ihnen und den jugoslawischen Arbeitern zu schaffen. Die Emigranten haben es aber abgelehnt, sich als Lohndrücker gebrauchen zu lassen. Sie haben erklärt, daß sie lieber nach Bulgarien, in die Höhle der Reaktion, zurückkehren wollen. Die Solidarität der jugoslawischen Arbeiter hat sich bereits sehr schön geäußert. Es sind in kurzer Zeit 60.000 Dinars gesammelt worden. Trotz alledem ist die Not unter den Emigranten noch sehr groß. Auch die schon in Arbeit Stehenden leiden noch immer an Mangel von Wäsche und Kleidungsstücken, da sie ja fast nackt über die Grenze gegangen sind. Noch immer sind deshalb große Anstrengungen nötig, um die Not der bulgarischen Flüchtlinge zu lindern.

„Rote Hilfe" aus aller Welt!

** Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, hat sich auch dort ein Zentralkomitee der „Roten Hilfe" gebildet, das bereits seine Sammeltätigkeit zur Unterstützung der deutschen Revolutionsopfer aufgenommen hat.

Gleiche Hilfskomitees sind in letzter Zeit auch in Ägypten und in Mexiko entstanden.

Weißer Schrecken

Die deutsche Reichswehr in Sachsen.

Aus dem Wortlaut einer Rede des Abgeordneten Siewert im sächsischen Landtag.

Motto:
„Bet' Kindchen, bet',
Morgen kommt der Schwed'."
(Kinderreim aus der Zeit des Einfalles der Schweden in Deutschland.)

** Ich werde Ihnen folgenden Brief des Arbeiters Albert Richter aus Schneeberg verlesen:

„Am 8. Dezember, nachmittags 3 Uhr, war Erwerbslosenversammlung in der Festhalle Schneeberg. Die Versammlung war noch nicht begonnen, da erschienen ein Trupp Reichswehr von zirka 20 Mann, ein Offizier und Schutzleute. Der Offizier ging mitten in die Halle und rief: ‚Drei Meter im Umkreis alles freimachen!' Schutzmann Becher rief mich in die Mitte und sagte: ‚Sie sind verhaftet'; auf meinen Protest wurde ich zur Halle hinausgeschoben und von zwei Soldaten ins Kompagniewachlokal gebracht. Gegen fünf Uhr kamen zwei Offiziere; einer von diesen sagte zu Herrn Wappler: ‚Ihr wart wohl hier die Herren im Lande?' worauf Genosse Wappler erwiderte: ‚Ein Herr bin ich einmal im Ausland gewesen, aber hier nicht.' Darauf sagte der Offizier: ‚Halt die Fresse, du dummes Schwein, ihr Banditenvolk, ihr Zulukaffern!" Dann ging er zu Genossen C. Günther, bestürmte ihn auch mit Fragen, sagte zu dem wachthabenden Feldwebel: ‚Haben Sie die Reitpeitsche da?' Dann fragte er mich: „Du bist der Hundertschaftsführer, ihr habt die ganze Gegend hier unsicher gemacht, ein Auto angehalten.' Ich konnte ihn nicht verstehen, weil er einen preußischen Dialekt sprach, und fragte noch einmal, was er will. Darauf sagte er: ‚Wenn man sich bloß mit den Kaffern verständigen könnte', wiederholte die obigen Fragen, und ich sagte zu ihm: ‚Mir ist nichts bewußt,' worauf er dann wieder grobe Schimpfworte gebrauchte. Der Offizier wendete sich von uns ab, sagte zum Posten: ‚Lassen Sie die Schweine stillstehen, das Gesicht nach der Wand.' Es waren Genossen dabei, die Gelenk- und Rippenschuß hatten, Leute mit Rheumatismus; sie klagten über das stundenlange Stillstehen, ein Bitten Obengenannter, etwas ihre Glieder zu bewegen, wurde mit zynischer Bemerkung abgewiesen. Nach kurzer Zeit mußte ich mal austreten gehen, ein Soldat vom Wachlokal brachte mich zum Abort. Der wachhabende Feldwebel kam mit der Reitpeitsche, drehte diese um und schlug mich auf den Kopf mit den Worten: ‚Immer feste drauf.' Der Soldat schlug mich mit einem Koppel, ein anderer gab mir Fußtritte, ich fing mächtig an zu schreien, wurde gegen die Tür geschleudert, hinein in den Wachraum, wurde in eine Ecke geschoben und bekam noch mehrere Schläge auf den Kopf. Die beiden Schutzleute kamen herein und amüsierten sich tüchtig darüber." (Hört, Hört! bei den Kommunisten.)

Dieser Mann wurde dann entlassen, er wurde drei Tage später von einer anderen Reichswehrpatrouille wieder verhaftet, nach Zwickau geschleppt, im Zwickauer Rathaus eingeliefert. Dort mußte er nach seiner Darstellung das Wachlokal kehren und dann den Müll heraustragen. Ein Reichswehrsoldat ging mit; auf dem Hofe wurde er von drei Reichswehrsoldaten so lange geprügelt, bis er blutüberströmt zusammenbrach. Er wurde dann in die Wache geführt. Die blaue Polizei, die in dem Wachlokal anwesend war, redete auf die Soldaten ein. Es wurde ihm dann gesagt, sich abzuwaschen. Hinterher hat ihm dann der Soldat Brot und auch ein Stück Wurst gegeben, damit er sich wieder beruhigen sollte.

Das sind Darstellungen, die beweisen, wie man gehaust hat. Ich will nur noch folgendes darstellen. Als der Arbeiter aus Zwickau entlassen war, mußte er von Neustädtel zurücklaufen, weil man ihm kein Fahrgeld gab. Er ging zu einem

Arzt und verlangte von ihm eine Bescheinigung über seinen Zustand. Der Arzt erklärte, daß er Umschläge mit kaltem Wasser machen solle, das werde schon wieder vergehen; er sprach dann davon, daß das von den Hundertschaften und vom Klassenkampf käme, und lehnte die Ausstellung eines Attestes ab. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Der Mann ging zu einem anderen Arzt und dieser hat folgendes Zeugnis ausgestellt:

> Albert Richter, Schneeberg, 25 Jahre alt, ist heute von mir ärztlich untersucht worden. Er weist auf dem behaarten Kopf drei zirka 2 cm lange, von Blutkrusten bedeckte Hautwunden und an der rechten Hand eine und an der linken Hand vier solcher Wunden auf.
>
> Dies bezeugt der Wahrheit gemäß
>
> Neustädtel, 20. XI. 1923. Dr. Hohmann.

Hier ein Beweis für die Mißhandlungen, die durch ein ärztliches Attest bestätigt werden.

Ein weiterer Fall: In den schriftlichen Aussagen des Lehrers Hans Heinz aus Bräunsdorf heißt es unter anderem:

> Am Donnerstag, den 1. November 1923, mittags 1 Uhr, erschien ein Trupp Reichswehrsoldaten unter der Führung des Leutnants Lisse vor der Schule zu Bräunsdorf. Nach Umstellung der Schule begab er sich in Begleitung von sechs Reichswehrsoldaten nach meiner im zweiten Stock gelegenen Wohnung. Er verhaftete mich ohne Vorlegen eines Haftbefehles und ohne Nennen von Gründen. Bei der Haussuchung wurden über mich hämische und verletzende Bemerkungen gemacht.
>
> Nach einigen Aufenthalten im Dorfe wurde ich mit noch vier Verhafteten nach Oberfrohna gebracht. Ohne daß von dem führenden Leutnant Einhalt geboten worden wäre, wurde ich von den hinter uns marschierenden Reichswehrsoldaten fortgesetzt verhöhnt und verspottet.
>
> In Oberfrohna angekommen, wurden wir nach der in der Restauration von Harzendorf gelegenen Wachstube gebracht. Ich wurde aufgefordert, zunächst allein hereinzukommen. Ich wurde von einem Unteroffizier, angetan mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse und dem Verwundetenabzeichen, nach einer Ecke gestoßen. Hier stellte er sich, die Hände in die Hüften gestützt, dicht vor mir auf und schrie mich mit den gemeinsten Schimpfworten an. Dann schlug er mich mit der Hand wuchtig rechts und links ins Gesicht, daß ich gegen einen Schrank, dann gegen die Wand stürzte und mir die Brille heruntergeschleudert wurde. Als ich hierauf die Arme gegen das Gesicht hielt und seiner Aufforderung, sie wegzunehmen, nicht nachkam, kommandierte er zwei Mann herbei, die mir die Arme vom Gesicht wegreißen und halten mußten. Hierauf bearbeitete er unter andauernden Schimpfworten meinen Kopf und mein Gesicht mit Fäusten, wovon er nicht eher abließ, bis ich laut um Hilfe schrie. (Abgeordneter Wirth: Das sind deutsche Soldaten! — Abgeordneter Sachs: Das sind Viecher!)
>
> Mit dem Gesicht gegen eine unbenützte Tür mußte ich nun in straffer Haltung mit einer kurzen Unterbrechung vier Stunden, von 2 bis 6 Uhr, auf einem Flecke stehen bleiben.
>
> Nach 6 Uhr erschien ein Leutnant oder Unteroffizier mit einigen Mann und sagte: „Ihr werdet jetzt nach Limbach transportiert, wer irgend eine dämliche Bewegung macht, wird sofort niedergeknallt, bei mir sitzen die Kugeln locker, marsch!“ Als ich mich gerade anschickte, die ersten Stufen der eisernen Wendeltreppe hinabzusteigen, bekam ich von einem Soldaten, der scheinbar teilnahmslos dort stand, plötzlich einen wuchtigen Schlag mit einem harten Gegenstand auf Hinterkopf und Rücken, daß ich zusammenbrach und ein Stück die Treppe hinunterstürzte. Meinem Hintermann erging es genau so.
>
> Auf der Straße angekommen, stellte sich der Führer der Truppe vor uns hin, schrie uns mit gemeinen Reden an und schlug uns wiederholt blindlings mit der Faust ins Gesicht. (Abgeordneter Menke: Der Führer der Truppe, nicht die Soldaten. — Zuruf bei den Kommunisten: Da lacht der Abgeordnete Bauer auch noch. — Abgeordneter Lieberasch: Das zeigt, daß er genau so ein Lump ist. Schriftführer Schnirch: Herr Abgeordneter Lieberasch, es gibt keine Lumpen in diesem Hause.)
>
> Abgeordneter Siewert (fortfahrend): Die Teile meiner Brille mußten die Soldaten dann auf der Straße zusammensuchen. Diese Szene wiederholte sich.
>
> Auf dem Transport durch die dunklen Straßen kam es einige Male vor, daß ich den neben mir laufenden Posten leicht am Arme streifte. Er schrie mich an: „Stoß mich nicht immer.“ Der Führer schrie: „Wenn er frech wird, poch ihn in die Fresse!“ welcher Aufforderung der Posten auch, so oft es anging, nachkam.
>
> In Limbach wurden wir im Hotel zum Hirsch abgeliefert. Beim Eintreten in den Saal sagten die Wachmannschaften: „Jetzt bringen wir den Lumpen von Schullehrer, das Schwein usw.“ Darauf schlug mich einer der herumstehenden Soldaten derartig mit der Faust ins Gesicht, daß ich rückwärts hintaumelte und mir das Blut aus Mund und Nase strömte. Mit Gewehrkolben wurde ich nach einer Saalecke gestoßen, wo ein kleiner Strohhaufen lag. Ich mußte mich bücken, einige Soldaten hielten mich am Körper und den Armen fest. Von drei bis vier Mann wurde ich dann mit langen Kavalleriereitpeitschen und Ledergurten geschlagen. Ich stellte mich ohnmächtig und fiel hin. Als ich ihrer Aufforderung, aufzustehen, nicht nachkam, holten sie noch mehr Soldaten herbei, die mit Reitpeitschen, Koppeln und Gummiknüppeln solange auf mich einschlugen, bis ich ihren fortgesetzten Aufforderungen, aufzustehen, nachkam. Als ich mühsam aufgestanden war, zwangen sie mich unter andauernden Reitpeitschenhieben, in halbe Kniebeugestellung zu gehen, die Hände hinter dem Kopf zu verschränken und eine gerade Haltung einzunehmen. Es war mir fast unmöglich, mein ganzer Körper zuckte und zitterte. Ein langer Dolch wurde mir vor die Augen gehalten mit den Worten: „Das ist einer von den Dolchen, mit denen das Mistvieh die Schulkinder ausgerüstet hat, damit sie uns Reichswehrsoldaten die Bäuche aufschlitzten. Jedem Herantretenden wurde das erzählt, und ich bekam von diesen wieder Schläge mit der Reitpeitsche und mit der Faust auf den Kopf und ins Gesicht. Blut strömte mir fortgesetzt aus Mund, Nase und Ohren. Auf einem Auge sah ich zeitweise nichts mehr. Offiziere traten an mich heran. Sie rochen stark nach Alkohol, schrieen mich mit hervorquellenden Augen in gemeinster Weise an und jeder schlug mich dann drei- bis fünfmal mit der Faust ins Gesicht.
>
> Ich wurde dann nach einem Raume gestoßen, wo auf Stroh schon etwa 20 Leidensgefährten lagen. Der Raum, der uns 20 Mann Tag und Nacht dann als Aufenthaltsort diente (mit wenigen Ausnahmen), war etwa 7 m lang, 4 m breit und hatte kein einziges Fenster. Ich wurde dann nochmals herausgeholt und aufgefordert, mir das Blut aus dem Gesicht zu waschen. Das Austreten gestaltete sich als regelrechtes Spießrutenlaufen, es wurde wieder mit Peitschen, Koppeln, Gewehrkolben und Fäusten geschlagen.
>
> Am nächsten Tage fand ein sogenanntes Verhör statt. Es wurde mir wieder der Dolch gezeigt. Ich sollte kommunistische Flugblätter ausgestellt und ebensolche Plakate angeklebt haben. Ferner sollte ich mit verbotenen Hundertschaften aufmarschiert sein und als Leiter einer kommunistischen Kindergruppe, sowie auch während des Unterrichtes die Kinder gegen Personen von rechts und den Kapitalismus aufgehetzt haben. Summarisch war ich in der Denunziation als übler Hetzer bezeichnet worden. Der Denunziant wurde mir nicht genannt. Zeugen für oder gegen mich waren nicht geladen. Es wurden auch auf meine Aufforderung hin keine geladen, es galt nur das für richtig, was in der Denunziation stand.
>
> Hans Heinig, Lehrer, Bräunsdorf bei Oberfrohna.“

Herr Heinig hat dann sich von seinen Schulkollegen und von dem Schulleiter eine Bescheinigung ausstellen lassen, daß die Denunziation unzutreffend war. In dieser Bescheinigung heißt es unter anderen:

> „Die unterzeichneten Schulleiter, Herr Bernhard Böhme, als ehemaliger Schulleiter an der hiesigen Schule, und Herr Eugen Klotz, als jetziger stellvertretender Schulleiter, bestätigen durch eigenhändige Unterschrift dem Lehrer Hans Heinig, Bräunsdorf, folgendes:
>
> daß der Lehrer Hans Heinig ihres Wissens nach den Kindern keine Messer oder Dolche in die Hände gegeben hat mit der Aufforderung, den Reichswehrsoldaten die Bäuche aufzuschlitzen; daß ihnen nichts darüber bekannt ist, daß der Lehrer Hans Heinig mit verbotenen proletarischen Hundertschaften ausmarschiert ist; daß der Lehrer Hans Heinig ihres Wissens nach keine kommunistischen Flugblätter ausgeteilt oder ebensolche Plakate angeklebt hat; daß ihnen nichts

darüber bekannt ist, daß er die Kinder in der Schule oder außerhalb des Unterrichtes, als Leiter einer kommunistischen Kindergruppe, gegen Rechtsparteien, rechtsstehende Personen oder den Kapitalismus aufgehetzt hat; daß es eine grobe Verleumdung wäre, ihn als üblen Hetzer zu bezeichnen.

Bräunsdorf, den 7. November 1923.

Beglaubigt: Gezeichnet:
Bräunsdorf, den 7. November 1923 Friedr. Bernh. Böhme.
Friedrich Eugen Klotz."

Das ärztliche Zeugnis, das Heinig sich nach seiner Entlassung ausstellen lassen konnte, lautet unter anderem folgendermaßen:

„Es finden sich blutunterlaufende Stellen, Striemen, dunkelviolette Flächen von 5, 10, 15 cm Länge, bis 4 cm Breite, Blutaustritte ins Unterhautzellgewebe. Beim Besichtigen des Körpers vibriert in kurzschlägigem Zittern der rechte Oberschenkel.

Ein Blutaustritt auf der Nase, es ist eine Woche her, ein Finger breit, unterhalb des Einschnittes vom Brillensteg mit verwaschenen Konturen. 108 Pulse.

Körperverletzung.

Dr. Neideck, Arzt.

Daß vorstehende Abschrift mit der Urschrift übereinstimmt, wird beglaubigt.

Bräunsdorf, den 8. November 1923.

Rudolph."

Das ist die Feststellung des Herrn Dr. Neideck aus Bräunsdorf.

So kann man eine ganze Reihe Fälle anführen. Überall, im ganzen Vogtland, im ganzen Erzgebirge, im ganzen Sachsenland ist in dieser Weise gegen die Bevölkerung vorgegangen worden. Das Schlimmste bei diesen Tatsachen ist, daß man so gehandelt hat, unmenschlich geschlagen hat, Teile der Bevölkerung mißhandel hat, nur auf Denunziationen hin, ohne zu prüfen und ohne zu untersuchen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Kommunisten.)

Ich will noch folgende Tatsachen hier feststellen. Der Arbeiter Hermann aus Rußdorf ist am 31. Oktober vom Tanzsaal weggeholt worden. Er ist in das Wachlokal geschafft worden, vom Feldwebel mit der Faust geschlagen und nach zwei Stunden gefragt worden, was er im Saal getan hätte. Daraufhin wurde er wieder geschlagen und späterhin entlassen. Am Nachmittag des 31. Oktobers hat ein Hauptmann in Limbach einen Leutnant beauftragt, die Gefangenen, 16 Mann, antreten zu lassen. Sie mußten heraustreten, stillestehen, abzählen. Daraufhin ist der Leutnant von der Mosel die Front abgegangen und hat jeden ins Gesicht geschlagen. Das sind Offizierstaten. (Pfuirufe der Sozialdemokraten und Kommunisten.) Offiziere der deutschen Reichswehr lassen gefangene Arbeiter antreten, gehen die Front ab und schlagen sie mit der Faust ins Gesicht. Das sind unmenschliche Dinge, die man nicht genug brandmarken kann. (Abgeordneter Dr. Schneider: Beweise.) Die Beweise dafür werden angetreten, Herr Dr. Schneider, wenn der Herr Justizminister, der leider jetzt nicht da ist — ich möchte aber die anderen Herren der Regierung darum ersuchen — dafür eintritt, daß der Aufforderung des Herrn Reichswehrministers Geßler nachgekommen wird und in den Fällen, die wir hier vortragen, Strafantrag gestellt wird, damit man gegen diese bestialische und rücksichtslose Handlungsweise vorgeht. Aber, Herr Schneider, ohne diese Feststellungen wäre die Erklärung des Herrn Dr. Geßler nicht erfolgt, wäre die Entrüstung in weiten Kreisen über die Missetaten der Reichswehr nicht vorhanden. Wenn man das nicht ans Licht brächte, gäbe es keine Entrüstung. Ich glaubte immer, daß sogar bürgerliche Herren die Pflicht hätten, diese Schandtaten schon in ihrem eigenen Interesse zu brandmarken.

Ebenso behandelt wurde Herr Kurt Schulze aus Limbach, Lindenstraße 7. Ich führe alle Namen an. Daraus können Sie ersehen, daß wir die ausgeschaltet haben, die nicht vor Gericht eidlich ihre Aussagen wiederholen wollen. Ferner ist Herr Artur Söhr von der achten Kompagnie des Infanterieregiments Nr. 11 ebenfalls in unerhörter Weise mißhandelt worden. Ich möchte nur feststellen, daß das Infanterieregiment 11, ein sächsisches Infanterieregiment, sich am allergemeinsten benommen, in der niederträchtigsten Weise gehandelt hat.

Ich will, um Sie nicht zu ermüden, die ganzen Geschichten zusammendrängen. Es ist weiter eine Beschwerde da von dem Arbeiter Max Bruno Pester. Diesen 56jährigen Mann hat man über einen Tisch gezogen, den er selbst heranschleppen mußte. Man hat ihn an Kopf und Füßen gehalten und dann wurde er mit der Reitpeitsche und mit Leibriemen geprügelt, bis das Blut an den Füßen herunterlief. So hat man diesen 56jährigen Mann in der niederträchtigsten Weise behandelt, und wieder hat sich bei dieser Sache hervorragend beteiligt der Leutnant von der Mosel. Man muß mit aller Rücksichtslosigkeit gegen diesen Leutnant von der Mosel vorgehen.

Ebensolche Beschwerden liegen vor aus dem Bezirke Leipzig, und zwar aus Borna und Mügeln, aus dem Bezirke Ostsachsen. Am schlimmsten — das will ich zusammenfassend sagen — hat die Reichswehr im Erzgebirge gehaust, in Aue, Schwarzenberg, Schneeberg und in Limbach. Hier hat man in der gemeinsten Weise Arbeiter mißhandelt. In Limbach und Umgebung sind Taten vorgekommen, die für ewig ein Schandfleck für diese deutsche Reichswehr bleiben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Kommunisten.) In Grünheim ist ein junger Arbeiter verhaftet worden, weil ein Fabrikant den Soldaten zurief: „Das ist auch einer von den Hundertschaften!" Man hat ihn sofort an ein Pferd gebunden. Im Galopp mußte er durch ganz Grünheim durchlaufen. Nach dem Laufen vor dem Orte hat man ihn geschlagen, daß er grün und blau war und blutete. Dann konnte er wieder gehen.

Aus Neuwelt liegt ein Bericht vor. Da hat man einen jungen Arbeiter verhaftet, in das Wachlokal geschleppt und geprügelt, bis er blutete, und wenn er blutete, mußte er sich waschen, und wenn er sich gereinigt hatte, wurde er wieder geschlagen bis er blutete, und das wurde fünfmal wiederholt: Blutigschlagen, reinigen, blutigschlagen, wieder reinigen! Wenn das noch Menschen sind, weiß ich wirklich nicht, mit was für einer Menschheit wir in der Reichswehr zu rechnen haben. Hier liegt noch eine ganze Liste von Leuten vor, die gemißhandelt worden sind.

Hier liegt ein Schreiben des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuß Mügeln, aus dem ich nur folgendes hervorheben will:

„Der Führer der Reichswehr, die unseren Ort aufsuchte, Rittmeister Krüger, war so ein gemeiner Kerl, wie ihn Mügeln überhaupt noch nicht gesehen hat. Worte wie „Halt die Schnauze", „Sie haben überhaupt nichts zu sagen", flogen nur so herum. Schränke wurden mit der Beilpicke aufgerissen und alles raus über den Haufen geworfen. In einem Zimmer, wo der Schreibtisch des Fabriksarbeiterverbandes und der Schrank des Baugewerksbundes standen, gleicht alles einem Lager eines Lumpenhändlers.

Es wurden in Mügeln und Umgegend vier Verhaftungen vorgenommen, unter ihnen einen schon fünf Jahre lang geisteskranken alten Mann.

Auch dieser Geisteskranke ist mißhandelt worden.

Einer Wöchnerin, die im Bett lag und stillte, wurde das Kind weggenommen und das Einsteckbett nach Waffen untersucht.

Ich weiß nicht, ob das Reichswehrsoldaten sein können, die von deutschen Müttern geboren sind. Ich glaube nicht daran. Es ist unerhört, in einer so niederträchtigen Weise vorzugehen.

In Schwarzenberg hat man am 17. November 23 Verhaftungen vorgenommen. Bei den Arbeitern Höhne und Scheffel wurde gehaussucht. Als die Frauen nicht angeben wollten und konnten, wo ihre Männer sich aufhielten, hat man den Frauen den Revolver auf die Brust gesetzt und gesagt: „Sagen Sie, wo Ihre Männer sind," hat man ihnen gesagt, „wenn wir den Höhne und Scheffel erwischen, muß Blut fließen".

Aber das Unmenschlichste an Herzlosigkeit, glaube ich, hat man sich in Lauter im Erzgebirge geleistet. Hier ist man bei dem Werkmeister Nestler nächtlich in seine Wohnung eingebrochen, um Haussuchung zu halten, und zwar hat man mehrere Male gehaussucht, und als die Reichswehr wieder nach Lauter kam, gingen diese Haussuchungen von neuem los. Nestler wurde verfolgt. Es ist bei ihm viermal hintereinander an jedem Tage gehaussucht worden. Das hat auf die Kinder — Nestler ist Familienvater von sechs Kindern — so gewirkt, daß die Kinder ganz verängstigt waren, sich nicht mehr nach Hause wagten, sich im Orte herumtrieben und sich vor Frost und Kälte schüttelten. Des Nachts fiel die Reichswehr wieder in die Wohnung des Werkmeisters Nestler ein. Die Frau protestierte, daß man in das Zimmer ging, in dem die 17jährige Tochter schlief. Die Reichswehr drang trotzdem ein, riß das Bett herunter, schmieß die 17jährige Tochter aus dem Bett heraus und durchsuchte das Bett. Die Reichswehr drang dann in das Zimmer eines kranken Kindes. Der 10jährige Herbert Nestler, Sohn des Werkmeisters Nestler, lag infolge dieser Verfolgung fieberkrank im Bett. Man

ging auch — trotz des Protestes der Mutter, und trotzdem die Mutter sagte: „der Junge ist krank, er hat Fieber, ich muß ihm Umschläge machen, gehen Sie nicht hinein!“ — in das Zimmer, riß das Bett weg und nahm das Kind heraus. Und diese unmenschlichen Taten haben den Nervenzustand des Kindes so erschüttert, daß das Kind infolge einer Nervenkrise nach zwei Tagen gestorben ist. (Lebhaftes Hört, Hört! bei den Sozialdemokraten und bei den Kommunisten.) Das sind die Heldentaten, die die deutsche Reichswehr im Sachsenlande verrichtet hat. Das alles sind Taten, die sich auf die Verhängung des Belagerungszustandes zurückführen lassen, den ja bekanntlich der Reichspräsident und Sozialdemokrat Ebert mit verhängt hat. Das alles ist zurückzuführen auf die Hilferufe der bürgerlichen Parteien, die die Reichswehr nach dem friedlichen Sachsen gerufen haben. Ich fordere die bürgerlichen Herren auf, uns einen einzigen Fall solcher Mißhandlungen vorzutragen. (Sehr richtig! links. — Abgeordneter Kaula: Das wird geschehen, Herr Abgeordneter Siewert!) Herr Abgeordneter Kaula, Sie werden nicht dazu imstande sein, denn der Schlag, den Sie auf den Kopf erhalten haben, ist nicht zu vergleichen mit diesen tierischen Mißhandlungen, die hier vorgekommen sind.

Wenn die von uns beantragte amtliche Darstellung der Regierung vorliegen und die Untersuchung abgeschlossen sein wird, dann erst werden wir ein übersichtliches Bild für die Größe und den Umfang der Mißhandlungen und der Terrorakte der Reichswehr in Sachsen bekommen. Die Reichswehr hat in Sachsen erschossen: In Freiberg 31 Arbeiter, in Pirna 2, in Chemnitz einen, in Limbach einen, in Freithal ist ein Arbeiter an den Verwundungen gestorben, und in Neustadt ist ebenfalls ein Arbeiter erschossen worden. (Abgeordneter Schneller: Auch in Hohenstein-Ernsthal!) Auch in Hohenstein-Ernsthal, wie mir eben zugerufen wird. Das wären insgesamt 38 Tote, die dieser Reichswehraufmarsch schon in 10 Tagen zur Folge hat, während in den bisherigen 9 Monaten der Ruhrbesetzung von den Franzosen 56 Deutsche erschossen worden sind. Ich habe schon anfangs gesagt, es gibt Reichswehrsoldaten, die sich gegen das Verhalten der Reichswehr in ganz offener Weise rücksichtslos aussprechen und sagen, daß dieses Auftreten der Reichswehr dazu führen wird, daß die Reichswehr von allen anständigen Menschen verachtet wird. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Es ist von besonderer Bedeutung, wenn zum Beispiel der Herr Feldwebel, der unsern Herrn Kollegen Schneller abführte, zum Kollegen Schneller in Gegenwart eines Gerichtsdieners erklärte, daß das Verhalten der Reichswehr und die Mißhandlungen der mit dem Kollegen Schneller verhafteten Arbeiter ein Skandal seien und daß man dagegen einschreiten müsse und daß die Soldaten, die dabei waren, auch erklärten, daß diese Mißhandlungen nur vorkämen, weil sie von den Offizieren dazu angeregt würden. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Das sind betrübliche Dinge, die offen klargestellt und untersucht werden müssen. (Zuruf: Abgeordneter Böttcher: Systematische Verhetzung!) Systematische Verhetzung der Reichswehrsoldaten, das ist die Tatsache, die man feststellen muß. Außerdem sind Fälle von Mißhandlungen vorgekommen in Netzschkau, Myhlau, Werdau, Falkenstein. Bei unserem Genossen Schminke war die Reichswehr so nobel, als er auf das Klingeln nicht gleich erschien und die Haustür öffnete — seine Wohnung liegt im oberen Geschoß —, mit dem Gewehrkolben die Haustür einzuschlagen.

Ich habe dann noch zu einigen anderen Dingen etwas hinzuzufügen. In Wernesgrün, wo auch lauter Kommunisten wohnen sollen, wo aber keinerlei Zwischenfälle passiert sind, hat die Reichswehr trotz wiederholter Haussuchungen niemand finden können. Da sind einige Reichswehrleute auf einen sehr guten Gedanken gekommen: sie holten sich die Kinder zusammen und schenkten einigen dieser Kinder Tafeln Schokolade und unterhielten sich mit den Kindern und fragten sie, wo steckt der und der Mann? (Zuruf bei den Kommunisten: Pfui Teufel! — Abgeordneter Zipfel: So ein moralisch verkommenes Zeug!) Das wirkte aber so auf die Kinder, daß einige dieser Jungen die Schokolade nahmen und sagten: Hier habt Ihr sie, wir wollen von Euch Spitzeln nichts haben. (Bravo! bei den Kommunisten.) So haben die Kinder aus sich heraus gegen das Auftreten der Reichswehr gehandelt.

Viele der Herren hier im Hause werden annehmen, daß nunmehr mit dem Verbot der Kommunistischen Partei das Wirken der Kommunisten aufhören wird. Ich glaube, Sie täuschen sich, wenn Sie glauben, daß das Verbot des Herrn General Seeckt dazu führen könnte, eine Bewegung, die so breit verwurzelt ist wie die kommunistische, zu beseitigen. Man kann unmöglich 300.000 Menschen, die bei den letzten Landtagswahlen in Sachsen für die Kommunisten gestimmt haben, durch ein Verbot aus Sachsen herausstreichen. Man kann unmöglich 50.000 Mitglieder, die die Kommunistische Partei in Sachsen zählt, mit einem Federstrich in Sachsen wegstreichen. Man kann unmöglich einen Arbeiter, der überzeugter Kommunist ist, durch das Verbot der Kommunistischen Partei davon abhalten, die kommunistische Idee in allen Arbeiterwohnungen, in allen Hütten der ausgebeuteten Bevölkerung zu verbreiten. Das Auftreten der Reichswehr, diese Mißhandlungen, dieser Terror werden dazu führen, wenn diese Saat aufgeht, daß die kommunistische Arbeit ungeheuer erleichtert wird, und daß trotz des Verbotes und trotz der Generale und trotz der Mißhandlungen, die vorgenommen worden sind, gerade gegenüber Kommunisten, die kommunistische Idee lebt und marschieren wird, bis wir unser Ziel erreicht haben.

Dokumente

Die Erklärung der kommunistischen Fraktion im deutschen Reichstag zur Auflösung der KPD.

**** Das Kommunistengesetz ist da!**

Die faschistische Militärdiktatur erklärt die Kommunistische Partei für aufgelöst.

General von Seeckt unterwirft sich den Befehlen des Hochverräters und Staatsverbrechers Kahr!

Der revolutionäre Wille der Arbeiterklasse, zusammengefaßt in der Kommunistischen Partei, soll mit gepanzerter Faust zermalmt werden.

Die Militärdiktatur reißt sich selbst die letzten Lappen der Verfasssung und Demokratie von der Fratze.

Die Arbeiterschaft lacht über dieses Verbot eines Generals, das aus dem Kerichthaufen der Geschichte auferstanden ist.

Der Führer eines Landsknechtstrupps will mit Zustimmung dieses sogenannten Parlaments und dieser sogenannten Regierung einem Sechzigmillionenvolk den Willen der Schwerindustrie diktieren.

Im Namen der in tausend Stücke zerisssenen Weimarer Verfassusng haben die Söldner der Stinnes und Konsorten die demokratisch gewählte Arbeiterregierung Sachsens durch ihre Mietlinge verjagen lassen. Im Namen der Weimarer Verfassusng, deren Blätter beschmutzt in allen Winkeln herumflattern, haben sie die Presse der revolutionären Arbeiter und ihrer Organisationen zertrümmmert, damit die arbeitenden Massen, der Hort der Rettung des deutschen Volkes, ohne Führung im Kampfe bleiben und so der endgültige Sieg des Faschismus, des Militarismus, gesichert sei.

Im Namen der in tausend Stücke zerissenen Weimarer Verder deutschen Nation rufen wir:

Fort mit dieser Regierung des Hungers! der Unterdrückung des arbeitenden Volkes, der Zerstückelung Deutschlands!

Fort mit der Militärdiktatur!

General von Seeckt übt aufs brutalste die diktatorische Gewalt aus. Er war es, der den **Hunnenfeldzug gegen Sachsen** organisiert hat. Er war es, der das **Streikrecht aufgehoben** hat. Als Entschädigung dafür hat er zwei Erlasse ausgegeben: Er erlaubt denen, die Gold haben, sich wertbeständige Währung zu verschaffen, und äußert den Wunsch, daß die Bourgeoisie und Schieber nicht öffentlich in Schlemmerlokalen, sondern in ihrer Prunkwohnung geheim prassen. Die Diktatur des Generals von Seeckt ist nicht eine nationale Diktatur, sondern sie ist eine Diktatur derer, die das deutsche Volk verbrecherisch in den Krieg getrieben haben, die es aus Ländergier im Krieg verbluten ließen, die es fünf Jahre nach dem Krieg wucherisch ausgebeutet haben und die heute die Alleinherrschaft aufrichten wollen, um schamlos das, was noch von Deutschland geblieben ist, zu plündern.

Die nationale Diktatur ist eine Lüge. **Der Diktator von Seeckt wagt nicht, die Stinnes und Krupp und die Junker zu besteuern, um Brot für das hungernde Rhein- und Ruhrland zu beschaffen.** Er wird es ausliefern an die Franzosen. Der General von Seeckt wird nicht wagen, **Brot von den Junkern zu nehmen,** um die zweieinhalb Millionen industrieller Arbeiter im besetzten Deutschland zu ernähren, die nicht aus eigener Schuld arbeitslos sind, ohne Arbeit kann aber Deutschland nicht wieder aufgebaut werden. Die Diktatur von Seeckt ohnmächtig, wo es sich um die Vertretung der Interesesn der Nation, das heißt, der mit Hand und Kopf arbeitenden Schichten in Stadt und Land handeln wird,

wird nur versuchen, Wunden dem Volk zu schlagen, ihm das Joch der Ausbeutung und Plünderung aufzuerlegen. Darum sagen wir dieser **Diktatur der Unterdrückung und Ausbeutung des arbeitenden Volkes, dieser Diktatur des bürgerlichen Bankrotts den Kampf auf Leben und Tod** an.

Zum Kampf um die Diktatur alles dessen, was in Deutschland arbeitet und leidet, rufen wir in dieser Stunde das deutsche Proletariat auf. Es ist von der Geschichte berufen, alle notleidenden, ob in Stadt oder Land, am Schraubstock oder im Kontor, zu sammeln, **die Diktatur der großen Mehrheit des deutschen Volkes aufzurichten und mit eiserner Faust das deutsche Volk aus Not, Elend und Zerklüftung herauszuführen.**

Die Sozialdemokratie, die einen Ebert noch nicht ausgeschlossen hat, der seine Einwilligung zur Aufrichtung der faschistischen Diktatur des Generals von Seeckt gab, diese Sozialdemokratie ist zum **Helfershelfer des Faschismus** geworden, **sie trägt die volle Verantwortung für alle Nichtswürdigkeiten dieser Diktatur,** für das Elend der Volksmassen, für den Zerfall Deutschlands. Wer mit ihr nicht bricht, ist mitschuldig, und sucht er diese Mitschuld noch zu verdecken, mit oppositionellen Phrasen, so ist er ein noch gefährlicherer Feind, weil er die Arbeiter noch betrügt, während die Ebert und Wels schon jedes Vertrauen im Volk veroren haben. Wir fordern die linken Sozialdemokraten auf, sich vorzubereiten zum entscheidenden Kampf. **Der Aufstand arbeitenden Klasse oder sind sie endgültig im Sumpf der SPD.** verfault?

Ist das letztere der Fall, so muß der Kadaver der linken Sozialdemokraten heraus aus den Arbeiterreihen in die Kloake der Geschichte.

Die kommunistische Reichstagsfraktion ruft das Proletariat auf, sich vorzubereiten zum entschedenden Kampf. **Der Aufstand des Proletariats ist die einzige Tat, die das deutsche Volk retten kann.**

Die Militärdiktatur sucht das unmöglich zu machen, indem sie die Arbeiterorganisationen verbietet und die Arbeiterpresse untrdrückt. Nun, es gilt, überall **illegale Organisationen** zu gründen. Das Militär verwandelt das Reich in ein Waffenlager.

Nun, wir wollen uns ihre Waffen beschaffen, um sie für die Befreiung des arbeitenden zu benutzen. Nicht warten wollen wir auf den Zusammenbruch der Militärdiktatur. Es gilt, ihn zu beschleunigen durch unseren Kampf. **Tagtäglich gilt es, auf jeden ihrer Schläge zu antworten;** auf ihren Versuch, die Stimme des Volkes zu ersticken, gilt es zu antworten mit

Demonstrationen auf allen Straßen der deutschen Städte.

Auf ihren Versuch, uns auszuhungern, gilt es, zu antworten mit dem **Aufmarsch der Arbeitslosen.**

Im Kampfe gegen die militärische Diktatur werden wir den bewaffneten Aufstand vorbereiten und den

Sieg der proletarischen Diktatur!

Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Buchbesprechung

Egelhofer: „Glück und Ende des deutschen Nationalsozialismus."*)

Von W. Thomas (Berlin).

** Die „Antifaschistische Weltliga" hat in wenigen Tagen mehrere kleine Heftchen herausgegeben, die sich in der Hauptsache mit dem Faschismus deutscher Auflage befassen. Heft 5 gibt auf gedrängtem Raum (etwa 50 Seiten) in fünf Kapiteln Aufklärung über den Nationalsozialismus als politische Erscheinung, über Hitler und Kahr als die prominenten Vertreter dieser politischen Richtung, über den Putsch am 8./9. November in München, über die Niederlage der Nationalsozialisten sowie die Folgen hiervon und, sozusagen zur theoretischen Nutzanwendung, eine Parallele zwischen den mit großer theatralischer Geste in München eingeleiteten „Kämpfen" der Ludendorff, Hitler, Frick und Konsorten mit all ihrem Anhang und dem heldenmütigen Kampf der kleinen Schar von Kommunisten in Hamburg. Der Verfasser zeigt, wie die Großindustrie des nachrevolutionären Deutschland das (geschichtlich bedingte) Versagen der Sozialdemokratie geschickt ausnützte und mit dem Schlagwort vom „Sozialismus', die Massen der Bevölkerung durch ihre Agenten bearbeiten ließ. Der „internationale" Sozialismus hatte „versagt" — was lag näher, als dem ewig gedanken- und arbeitslosen Spießer, der im Proletariat leider noch fast häufiger vorkommt, als in der Kleinbourgeoisie, das Versagen des Sozialismus als eine Folge seiner Betonung des Internationalismus zu erklären? Wer nicht nur die Tiraden der Hitler und Konsorten gelten ließ, sondern sich das Statut der NSDAP. näher ansah, wurde bald gewahr, daß es mit Sozialismus nichts gemein hatte, daß es vielmehr ein Elaborat nichtssagender Redewendungen war, das auf das nach dem militärisch verlorenen Krieg ins Krankhafte gesteigerte Nationalgefühl derer zugeschnitten war, die — nun, die aller Übel Wurzel im „Internationalismus" vermuten. Warum und wieso, darüber machen sie sich keine Gedanken. Für die Organisation, die sich zur Aufgabe gemacht hatte, die Gedankenlosen in ihrer Gedankenlosigkeit zu erhalten, flossen die Mittel natürlich reichlich, und alles trug sein Schärflein mit bei, begonnen beim ängstlichen Münchener Spießer unter der Devise: „Mei Ruh' will i hab'n!", über den deutschen Großindustriellen — der nur einen winzigen Bruchteil seiner nichtbezahlten Steuern abzuführen brauchte, um damit die Zersplitterung der Arbeiterbewegung in Permanenz zu erhalten und so seine Vormacht zu festigen, die ihm jede weitere Begaunerung der Massen und des Staates ermöglichte — bis zu den Franken und Dollars, die aus französischer Quelle flossen, worüber der Prozeß Fuchs-Machhaus erschreckend deutliche Auskunft gab.

Das Büchlein gibt auch Auskunft über die Gegensätze, die zwischen Kahr und Hitler bestanden. Sie gingen ja nur in einem Punkt konform: in der Bekämpfung der Arbeiterklasse, soweit diese die Trägerin neuer politischer und wirtschaftlicher Ideen und die Repräsentantin des bestimmten Willens war, politisch und wirtschaftlich andere Wege als bisher zu gehen und ihre Ziele mit den der Arbeiterklasse natürlich-eigenen Mitteln zu erkämpfen, mit ihren Organisationen, ihrer Presse und anderem mehr. In anderen Dingen strebten sie auseinander: Kahr wollte zurück zu der längst überlebten Kleinstaaterei; Hitler wollte den „großdeutschen" Staat, aber in einer Form und mit einem Inhalt, die das neue Deutschland in dasselbe Verhältnis zu den übrigen Staaten Europas gebracht hätte wie die Kahrsche Idee irgend einen Bundesstaat zum Reich: Betonung der Selbständigkeit, Ausleben oder Austoben der „Eigenart" und — sonst nichts.

Aber nicht nur an dieser Gegensätzlichkeit scheiterte das Gelingen des Münchener Putsches, sondern, und in der Hauptsache daran, daß die nationalsozialistische Diktatur nur e i n e s Diktators bedurft hätte, aber deren mindestens d r e i bestanden, die nach dem Szepter greifen wollten: K a h r, H i t l e r, L u d e n d o r f f.

Über dies und vieles andere gibt das Heft in interessanten kurzen Schilderungen Auskunft, so daß seine Anschaffung und seine Lektüre dringend empfohlen werden kann.

*) Matthias Egelhofer: „Glück und Ende des deutschen Nationalsozialismus", Heft 5 der „Schriften der Antifaschistischen Weltliga." Verlag „Junge Garde", Berlin.

An unsere Bezieher!

Nach einer dreiwöchigen Unterbrechung ist die Inprekorr wieder erschienen. Sie behält ihren bisherigen Charakter unverändert bei und wird ihren Lesern nach wie vor genaue und eingehende Berichte über die wichtigsten Vorgänge auf den Gebieten der Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung in allen Ländern vermitteln.

Wir bitten alle unsere Freunde und Interessenten, uns ihre Treue auch weiterhin zu bewahren.

Aus technischen Gründen kann die deutsche r e g u l ä r e A u s g a b e bis Ende des Jahres nur z w e i m a l wöchentlich erscheinen. Aus diesem Grunde wird auch die W o c h e n a u s g a b e bis zu diesem Zeitpunkt nur einen Umfang von 16 Seiten haben.

Die B e z u g s p r e i s e belaufen sich ab 1. Januar 1924 pro Monat: für Österreich auf 8000 österr. Kronen, für die Tschechoslowakei auf 8 tschech. Kronen, für Norwegen, Dänemark und Schweden auf 2 Kronen, für Frankreich auf 4 Franken, für die Schweiz auf 2 Franken, für Italien auf 6 Lire, für England auf 2 Schilling.

Für Amerika beträgt die Bezugsgebühr 6 Dollar pro Jahr und für alle übrigen oben nicht aufgeführten Länder den 2 Schweizer Franken entsprechenden Gegenwert.

Geschäftsleitung der Inprekorr.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Langegasse 67.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.